Deutscher Bundestag
7. Wahlperiode

Drucksache 7/66

19. 01. 73

Unterrichtung

durch die Deutsche Delegation in der Versammlung der Westeuropäischen Union

Bericht über die Tagung der Versammlung der Westeuropäischen Union vom 5. bis 7. Dezember 1972 in Paris

Während der Dezember-Tagung (Zweiter Teil der 18. ordentlichen Sitzungsperiode) erörterte die Versammlung der Westeuropäischen Union Berichte und verabschiedete Empfehlungen und Entschließungen, die sich mit folgenden Themen befaßten:

— **Eröffnung des zweiten Teils der 18. ordentlichen Sitzungsperiode der Versammlung, Ansprache des Präsidenten, Annahme des Entwurfs der Tagesordnung**

— **Politische Fragen** (die Westeuropäische Union und die Auswirkungen der Europäischen Gipfelkonferenz, Europa und die Entwicklung der Ost-West-Beziehungen, Europa und die derzeitigen politischen und wirtschaftlichen Probleme)

Hierzu sprachen: Abg. Kahn-Ackermann (S. 5; 14; 17; 18), Sieglerschmidt (S. 5; 16), Pöhler (S. 8), Frau Klee (S. 14; 18)

Beschlüsse der Versammlung

Empfehlung betreffend Europa und die Entwicklung der Ost-West-Beziehungen (Drucksache 591)

Empfehlung betreffend die Westeuropäische Union und die Auswirkungen der Europäischen Gipfelkonferenz (Drucksache 590)

Empfehlung betreffend Europa und die derzeitigen politischen und wirtschaftlichen Probleme (Drucksache 591)

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn 1
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1, Postfach 821, Goethestraße 56, Telefon (02221) 363551

— **Verteidigungsfragen** (die Ost-West-Beziehungen und die Verteidigung, die Anwendung von Gewalt)

Hierzu sprachen: Abg. Lenze (Attendorn) (S. 10; 12), Lemmrich (S. 10)

Beschlüsse der Versammlung

Empfehlung betreffend die Verteidigung der Nordflanke und der Südflanke (Drucksache 568)

Empfehlung betreffend die Sicherheitslage in Europa (Drucksache 574)

Empfehlung betreffend die Ost-West-Beziehungen und die Verteidigung (Drucksache 587)

Empfehlung betreffend die Anwendung von Gewalt (Drucksache 588)

— **Wissenschaft und Technologie** (die Europäische Raumfahrtkonferenz und die Rolle Europas innerhalb des Post-Apollo-Programms, eine eigenständige europäische Politik auf dem Gebiet der zivilen und militärischen Luftfahrt)

Hierzu sprachen: Abg. Richter (S. 10; 19; 23), Frau Dr. Walz (S. 19; 21; 28), Draeger (S. 20; 25), Dr. Hermesdorf (S. 24)

Beschlüsse der Versammlung

Empfehlung, Entschließung und Direktive betreffend eine eigenständige europäische Politik auf dem Gebiet der zivilen und militärischen Luftfahrt (Drucksache 592)

Empfehlung betreffend die Europäische Raumfahrtkonferenz und die Rolle Europas im Post-Apollo-Programm (Drucksache 595)

— **Haushaltsfragen und Angelegenheiten der allgemeinen Verwaltung** (Haushalt der Versammlung für das Haushaltsjahr 1973, Rechnungslegung über die Ausgaben der Verwaltung im Haushaltsjahr 1971, Entwurf einer Stellungnahme und einer Empfehlung zum Haushalt 1972 der Organe der Westeuropäischen Union)

Beschlüsse der Versammlung

Der Haushalt für die Verwaltungsausgaben der Versammlung für das Haushaltsjahr 1973 wurde angenommen (Drucksache 583)

Die Verwaltungsausgaben für das Haushaltsjahr 1971 wurden gebilligt (Drucksache 581)

Stellungnahme und Empfehlung zum Haushalt für das Haushaltsjahr 1972 der Organe des Ministerrates (Drucksache 584)

— **Beziehungen zu den nationalen Parlamenten** (Achter Halbjahresbericht)

Hierzu sprach: Abg. Frau Herklotz (S. 18)

Die Versammlung nahm den Bericht des Ausschusses zur Kenntnis (Drucksache 585)

Die Reden der deutschen Abgeordneten sind nachstehend im Wortlaut abgedruckt.

Einige Empfehlungen und Entschließungen, die die Versammlung während des Zweiten Teils der 18. ordentlichen Sitzungsperiode verabschiedete, sind auf S. 30; 31; 32 des Berichts in deutscher Übersetzung abgedruckt.

Zur Versammlung sprachen der Parlamentarische Staatssekretär im englischen Außen- und Commonwealthministerium, A. Royle, der französische Verteidigungsminister, Michel Debré, der luxemburgische Außenminister und derzeitige Präsident des Ministerrates, Gaston Thorn, der britische Luftfahrtminister, Michael Heseltine, und der Staatssekretär im belgischen Ministerium für Wissenschaft und Planung, Théo Lefèvre.

Den deutschen Mitgliedern, die mit dem Ende der 18. ordentlichen Sitzungsperiode aus der Versammlung der Westeuropäischen Union ausscheiden, dankte der Präsident für ihre Mitarbeit.

Erik Blumenfeld	**Hannsheinz Bauer**
Stellvertretender Sprecher	Sprecher



Dienstag, 5. Dezember 1972

Tagesordnungspunkt:

Eröffnung des zweiten Teils der 18. Sitzungsperiode

Tagesordnungspunkt:

Prüfung der Vollmachten

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des Präsidenten

Tagesordnungspunkt:

Annahme des Entwurfs der Tagesordnung
(Drucksache 579)

Tagesordnungspunkt:

Die Verteidigung der Nord- und der Südflanke Die Sicherheitslage in Europa
(Drucksachen 568 und 574)

Berichterstatter: Abgeordneter Vedovato und Abgeordneter Lemmrich

Die bereits während der Juni-Sitzung 1972 vorgelegten Entschließungsentwürfe wurden einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt:

Die Westeuropäische Union und die Auswirkungen der Europäischen Gipfelkonferenz
(Drucksache 590)

Berichterstatter: Abgeordneter Cravatte

Tagesordnungspunkt:

Europa und die derzeitigen politischen und wirtschaftlichen Probleme
(Drucksache 591)

Berichterstatter: Abgeordneter Scott-Hopkins

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des Parlamentarischen Staatssekretärs im englischen Außen- und Commonwealthministerium, A. Royle

Kahn-Ackermann (SPD): Herr Präsident! Ich möchte lediglich dem Berichterstatter für seine sehr sorgfältige Arbeit danken, die er in einem schwierigen Augenblick geleistet hat. Alle Kollegen haben durch ihren Beifall bekundet, wie sehr das, was er über die Aufgaben unserer Versammlung und über unsere Pflichten gesagt hat, ihre Zustimmung findet.

Tagesordnungspunkt:

Die Ost-West-Beziehungen und die Verteidigung
(Drucksache 587)

Berichterstatter: Abgeordneter Destremau

Europa und die Entwicklung der Ost-West-Beziehungen
(Drucksache 589)

Berichterstatter: Abgeordneter Sieglerschmidt

Sieglerschmidt (SPD), Berichterstatter: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bericht, den ich Ihnen im Namen des Politischen Ausschusses der WEU-Versammlung vorzulegen habe, ist, so wie die Dinge liegen, leider nicht auf der Höhe der Aktualität. Das liegt aber — so würde ich in aller Bescheidenheit sagen — weniger an dem Berichterstatter als daran, daß er gewissermaßen ständig von den Ereignissen überholt worden ist. Infolgedessen hat er den Bericht zwar mehrmals umgearbeitet, aber die letzten Ereignisse — etwa die Paraphierung des Grundvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR und der Beginn der Gespräche in Helsinki zur Vorbereitung der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa — hat er in seinen Bericht nicht mehr aufnehmen können. Deshalb — das darf ich schon an dieser Stelle sagen — war auch eine Änderung des vierten Considérant und der dritten Empfehlung notwendig, Ich habe Ihnen selbst ein entsprechendes Amendement vorgelegt, auf das ich nachher noch zu sprechen kommen werde.

Die notwendige Aktualisierung, von der ich soeben gesprochen habe, hat mir so recht vor Augen geführt, daß die vorsichtigen Prognosen in meinem ersten Entwurf, was die zeitliche und inhaltliche Seite der Entspannungspolitik anbelangt, ständig von der Wirklichkeit überholt worden sind. Dennoch möchte ich — in ähnlicher Weise, wie das mein Vorredner getan hat — davor warnen, nun in eine Art **Entspannungseuphorie** zu verfallen. Das liegt jetzt nahe. Es gibt ja das schöne französische Wort: Tout va très bien, Madame la Marquise. Bei einigen Beteiligten ist das jetzt die Grundstimmung.

Ich glaube, wir müssen erkennen, daß die großen drei Mächte — die Vereinigten Staaten, China, und die Sowjetunion —, die im Augenblick im Vorder-

grund der weltpolitischen Szene stehen, in aller Nüchternheit **interessenbestimmte Machtpolitik** betreiben — Sie haben richtig gehört: ich habe alle drei genannt. Sicherlich gilt das aber für die Sowjetunion. Es besteht deshalb — lassen Sie mich das mit der hinreichenden Deutlichkeit sagen — kein Grund, die vorhandene Détente mit Appeasement zu verwechseln. Nur so wird man nämlich weitere Erfolge in der Entspannungspolitik erreichen können.

Gelegentlich ist auch in dieser Versammlung die These vertreten worden, daß die Sowjetunion gewissermaßen eine unfehlbare Außenpolitik betreibe und ihre Ziele Zug um Zug durchsetze, während der Westen nur mehr oder weniger verängstigt auf diese Politik reagiere. Die im Bericht dargestellte Entwicklung zeigt, daß diese These sicherlich falsch ist. Die Sowjetunion ist nämlich durchaus auch bereit und in der Lage, Ziele, die sie ursprünglich hatte, zu modifizieren, wenn der Westen fest und gleichzeitig flexibel in diesen Angelegenheiten handelt.

Herr Präsident, ich habe es für richtig gehalten, in diesem Bericht eine zeitliche Begrenzung vorzunehmen, nämlich im wesentlichen die Ereignisse vom 3. Juni dieses Jahres an zu betrachten, an dem der Moskauer und der Warschauer Vertrag sowie das Berlin-Abkommen in Kraft getreten sind. Ich meine, die Ost-West-Beziehungen werden, wie das ja auch schon in der Vergangenheit der Fall gewesen ist, ständiges Thema unserer Versammlungen bleiben. Ich halte es für überlegenswert, Herr Präsident, ob man hier nicht zu einer Art Fortschreibung kommen sollte, das heißt, jeder Berichterstatter sollte nicht immer wieder die Geschichte der Ost-West-Beziehungen von Anfang an entwickeln, sondern bei dem Zeitpunkt ansetzen, wo der letzte Berichterstatter aufgehört hat. Vielleicht könnte man in diesem Zusammenhang auch überlegen, dann die verteidigungspolitischen und allgemeinpolitischen Aspekte wechselweise in den Vordergrund zu stellen. Ich sage das nicht ohne Grund. Der Kollege Destremau wird auch gemerkt haben, daß sich unsere Berichte zu einem erheblichen Teil überschneiden. Das liegt in der Natur der Sache, da wir beide von den Ost-West-Beziehungen sprechen. Er konnte die allgemeinpolitischen Aspekte selbstverständlich nicht völlig ausklammern, genauso wie ich selbstverständlich auch die verteidigungspolitischen Aspekte in Betracht ziehen mußte.

Ich glaube, es ist wichtig, daß der Bericht die Einbettung der Ost-West-Beziehungen in Europa in das weltpolitische Kräftespiel deutlich vor Augen zu führen versucht. Denn das ist ja — das brauche ich Ihnen als erfahrenen Politikern nicht zu sagen — ein Vorgang, der keinesfalls isoliert betrachtet werden kann. Das große Ereignis war der Übergang von der Bipolarität zwischen der **Sowjetunion** und den **Vereinigten Staaten** zu einer Art weltpolitischem Dreiecksverhältnis unter Einführung **Chinas** in die Weltpolitik. Ich glaube, es ist wichtig — darauf habe ich versucht hinzuweisen —, bei diesen Überlegungen nicht auf eine sowjetisch-chinesische Erbfeindschaft zu bauen. Wer hätte noch vor einigen Jahren für möglich gehalten, was sich jetzt zwischen den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik China abgespielt hat? Man muß in Betracht ziehen, daß sich so etwas auch zwischen China und der Sowjetunion ergeben könnte. Es gibt gewisse Indizien dafür, daß das beiderseits auch im Auge behalten wird. Ich glaube, alle drei Beteiligten sind gut beraten, wenn sie erkennen, daß sie ihr politisches Gewicht verstärken, wenn sie grundsätzlich nach allen Seiten koalitionsfähig bleiben und das nicht schlechthin ausschließen. Deswegen werden das auch alle drei tun.

Aus dieser neuen Konstellation, im Blick auf diese neue Entwicklung ergeben sich natürlich auch Fragen an die Europäer. Ich will nun keinesfalls, wie man das vor einigen Jahren getan hat, hier einer dritten Kraft **Europa** — jetzt müßte man sagen: einer vierten Kraft — das Wort reden. Ich erinnere mich an den bemerkenswerten Satz, den der damalige Hochkommissar John McCloy — das ist schon sehr lange her — in einem Vortrag in der Bundesrepublik Deutschland dazu ausgesprochen hat: Man spricht so viel von der dritten Kraft in Europa. Wenn man von Kraft spricht, muß man erst einmal Kraft haben. Nun, ein wenig hat sich hier ja in den letzten Jahrzehnten geändert. Aber ich meine, in gewisser Weise ist das, was damals gesagt wurde, immer noch von Bedeutung.

Auf der anderen Seite haben wir im Bündnis mit den Amerikanern dennoch unsere eigenen europäischen Interessen zu sehen, die mit denen der vereinigten Staaten nicht immer identisch sind. Sie müssen wir definieren. Darum ist es mir gegangen, als ich in dem Bericht von der **eigenständigen Position Europas** sprach. „Eigenständig" heißt nicht eine isolierte oder eine selbständige Position, sondern heißt, daß man in einem größeren Rahmen auch eigene Interessen zu sehen hat.

Dies gilt in gewisser Weise natürlich auch für das spezielle Gebiet der Verteidigung. Der Kollege Destremau hat das schon ausgeführt. Ich will deshalb nicht im einzelnen darauf eingehen. Aber es ist ganz klar: Was sich jetzt mit den weitergehenden SALT-Verhandlungen angebahnt hat — ich habe mir dasselbe Stichwort aufgeschrieben, das der Kollege Destremau verwandt hat —, wird dazu führen, daß wir die europäische Position in Fragen der Verteidigung neu überdenken müssen. Das heißt nicht ohne weiteres, daß wir neue Institutionen schaffen müßten, wie es der Kollege Destremau vorschlug. Aber daß wir die Position neu überdenken müssen, würde ich schon meinen.

Herr Präsident, hier ist noch ein gewichtiger Gesichtspunkt hinzuzufügen. Wenn von Entspannung und Rüstungsbegrenzung und Truppenreduzierung in Europa die Rede ist, dann besteht eine gewisse Neigung bei uns, immer sehr stark auf Mitteleuropa zu sehen. Ich bin deshalb dankbar, daß mein Vorredner für den militärischen Bereich darauf hingewiesen hat — ich möchte es auf den allgemeinpolitischen Bereich ausdehnen —, daß es zwischen den verschiedenen weltpolitischen Schwere-, oder wenn man so will: Spannungsfeldern Interdependenzen gibt und daß man sie beachten muß. Das Bei-

spiel Nahost/Mittelmeer liegt bei uns vor der Haustür.

In dem zweiten Abschnitt des Berichts ist geschildert, wie die Entspannungspolitik in Europa sich seit dem 3. Juni entwickelt hat. Ich hätte es gerne vermieden, hier eine Art deutschen Bericht vorzulegen. Aber es war gar nicht zu vermeiden, daß natürlich die **Ostpolitik der Bundesregierung** sehr stark in den Mittelpunkt kam, weil sich sonst auf diesem Gebiet in Europa in den letzten Monaten nicht allzuviel ereignet hat. Die Analyse dieser Entwicklung macht deutlich, wie sehr die Sowjetunion diesen ganzen Vorgang **als** einen **Gesamtvorgang** ansieht, nicht aufgesplittert nach einzelnen Beziehungen mit der Tschechoslowakei, mit Polen oder mit der Sowjetunion selbst, sondern als einen Gesamtvorgang, sehr stark bezogen auf die Vorbereitung der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und hier wieder ganz besonders darauf abzielend, zu verhindern, daß die DDR mit einem minderen Status auf dieser Konferenz erscheinen muß. Daß die ganze Sache als ein Gesamtvorgang von der sowjetischen Politik geplant ist, ist wieder ganz deutlich geworden aus der letzten Äußerung von Breschnjew in Budapest zur Frage der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei. Dort hat er deutlich gesagt, zunächst einmal müsse das geschehen, und dann könne in gleicher Hinsicht auch etwas mit Ungarn oder Bulgarien stattfinden.

Lassen Sie mich zu dem dritten und letzten Teil des Exposé des motifs der die **Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa** behandelt, noch einige Bemerkungen machen. Auch hier muß man bestimmte logische Zusammenhänge sehen, die die Festlegung der Marschroute der westlichen Teilnehmer der Konferenz erleichtern können. Es ist oft die Frage gestellt worden, ob auf dieser Konferenz mehr über Sicherheit oder mehr über Zusammenarbeit gesprochen werden solle. Ich meine, hier gibt es nicht solch eine Abwägung, sondern wir müssen sehen, daß Sicherheit und Zusammenarbeit gegenseitig bedingen. Man kann nicht ein hinreichendes Maß an Sicherheit ohne ein gewisses Maß an Zusammenarbeit schaffen, und auf der anderen Seite kann man nicht eine wirkliche Zusammenarbeit schaffen, wenn nicht die Sicherheitsfragen in einer einigermaßen befriedigenden Weise weiter vorangekommen sind.

Wie die ersten Gespräche in Helsinki gezeigt haben, ist dem Wunsch der Teilnehmer der Gipfelkonferenz, daß die **westlichen Teilnehmer** an der Konferenz sich zu einem **konzertierten Vorgehen** in den Vorbereitungsgesprächen und auf der Konferenz bereitfinden sollten, ganz gut Rechnung getragen worden, soweit ich das beurteilen kann. Ich möchte hier gleich eine Anmerkung machen. Die Verfasser dieses Kommuniqués haben aus gutem Grund von einem konzertierten Vorgehen und nicht davon gesprochen, daß der Westen mit einer Stimme sprechen soll. „Konzertiert" heißt: mehrere Stimmen in einem Konzert, aber alle so aufeinander abgestimmt, daß es eine gewisse Harmonie gibt.

Lassen Sie mich nun zu dem Empfehlungsentwurf kommen und Ihnen ganz allgemein sagen, daß dieser Entwurf im wesentlichen die Gedanken, die ich soeben vor Ihnen ausgebreitet habe, in entsprechende Formulierungen zu fassen versucht. Im ersten Considérant ist von der eigenständigen europäischen Politik die Rede. Im zweiten ist davon die Rede, daß die westliche Verteidigung im Blick auf die SALT-Gespräche neu überdacht werden müsse. Das dritte Considérant unterstreicht, daß die Verbesserung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den osteuropäischen Ländern den Weg für weitere Fortschritte der Entspannungspolitik in Europa geöffnet hat.

Das vierte Considérant, Herr Präsident, darf ich verlesen und zugleich mit einer kleinen Änderung versehen. Als ich den vorliegenden Wortlaut noch einmal durchlas und mir die Entwicklung anschaute, habe ich gemeint, daß der in dem Amendement Nr. 1 enthaltene Ausdruck „Se félicitant" vielleicht ein bißchen stark ist und als eine euphorische Bemerkung mißverstanden werden könnte. Ich habe hier selbst gesagt, daß kein Grund zur Euphorie besteht. Ich würde also bitten, das vierte Considérant folgendermaßen zu fassen:

> Constant que les Etats membres aient largement contribué, par leur attitude aussi ferme que réaliste dans la question allemande, à rendre possible un pas décisif vers la normalisation des relations entre les deux Etats de l'Allemagne, grâce au Traité fondamental sans lequel une détente durable en Europe n'eût pas été possible;

Hier möchte ich auch einmal als deutscher Abgeordneter ein Wort sagen dürfen. Ich glaube, daß wir unseren Verbündeten und unseren Freunden hier viel zu danken haben. Uns ist klar, daß ohne diese gemeinsamen Anstrengungen, ohne das solidarische Verhalten unserer Freunde im Westen die Erfolge, die wir erzielt haben, nicht zu erreichen gewesen wären.

Ich komme nun zu dem fünften Considérant. Es weist im Zusammenhang mit der Konferenz darauf hin, daß Sicherheit und Zusammenarbeit in einer Interdependenz stehen, wie ich es schon erwähnt habe. Das sechste Considérant weist darauf hin, wie notwendig ein konzertiertes Vorgehen und eine konzertierte Vorbereitung dieses Vorgehens sind. Zuletzt ist davon die Rede, daß diese Versammlung natürlich essentiell daran interessiert sein muß, von den Ministern die Ergebnisse ihrer Überlegungen hinsichtlich der europäischen Sicherheitskonferenz in angemessener Weise und Frist zu erfahren.

Lassen Sie mich nun zu den Empfehlungen etwas sagen. Die erste Empfehlung beschäftigt sich ebenfalls mit dem konzertierten Beitrag. Die zweite Empfehlung soll im Sinne dessen, was ich gesagt habe, deutlich machen, daß auf der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa unsere westlichen Verteidigungsbündnisse selbstverständlich nicht zur Diskussion oder zur Debatte stehen können.

Die dritte Empfehlung mußte ebenfalls geändert werden, weil sie von den Ereignissen überholt war. Sie lautet jetzt:

3. De veiller à ce que les politiques des pays membres à l'égard de la République Démocratique Allemande demeurent étroitement coordonnées;

Lassen Sie mich bitte hierzu einige Bemerkungen machen. Wenn man die Ereignisse der letzten Wochen in der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR verfolgt, hat man manchmal ein wenig den Eindruck — gestatten Sie mir diese freimütige Bemerkung —, als wenn einige der Beteiligten nun von einem Extrem in das andere fielen: zuerst eine Art Quarantäne über die DDR, die strikt durchgehalten wurde, und jetzt ein Anerkennungseifer, bei dem einer den anderen zu überbieten sucht, als ginge es darum, gegenüber der DDR eine Art Wiedergutmachung erlittenen Unrechts vorzunehmen. Wir müssen uns doch darüber klar sein, daß sich an den Grundtatbeständen in der DDR leider noch nichts geändert hat. Die Mauer steht noch, die Anlagen zur Tötung von Menschen werden verstärkt und ausgebaut. Daher meine ich, daß es auch unseren Verbündeten nicht darum gehen kann — lassen Sie mich das freimütig sagen —, der DDR jetzt gerührt in die Arme zu sinken. Es geht vielmehr ganz schlicht und nüchtern darum, in angemessener Weise **diplomatische Beziehungen zur DDR** aufzunehmen. Dagegen hat die Bundesrepublik selbstverständlich nichts, weil sie nützlich sind in einer Welt, die versuchen will, mit ihren Gegensätzen und Widersprüchen etwas besser zu leben, um sie schließlich einmal überwinden zu können. Deshalb ist ein **koordiniertes Vorgehen,** wie es hoffentlich auf der nächsten Tagung des NATO-Rates beschlossen wird, so wichtig. Bei diesem koordinierten Vorgehen maßen wir uns selbstverständlich nicht an, Schrittmacher sein zu müssen, aber wir wollen dabei gern über die Frage der Anerkennung der DDR und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu ihr mit beraten.

Zuletzt habe ich noch eine Empfehlung zu erwähnen, die ganz besonders wichtig ist. Auf der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa wird es nicht nur darauf ankommen, daß die gemeinsamen Formeln, die dort erarbeitet werden, im Russischen, Englischen, Französischen und Deutschen wortgleich sind, sondern es muß möglichst weitgehend sichergestellt werden, daß die Beteiligten auch das gleiche darunter verstehen. Ich brauche das, worum es hier geht, wohl nicht näher zu erläutern.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Ost-West-Beziehungen werden der ganzen Aufmerksamkeit und des ganzen Engagements aller Mitgliedstaaten der Westeuropäischen Union bedürfen, in Nüchternheit und Wachsamkeit, aber auch mit einer Flexibilität, die weiter aus der Erstarrung herausführt zu neuen Entwicklungen in Europa.

Pöhler (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir zunächst einige grundsätzliche Bemerkungen zu den beiden vorliegenden Berichten, denen ich eine begründende und befürwortende Stellungnahme zum Änderungsantrag der Sozialistischen Gruppe zur Empfehlung über Ost-West-Beziehungen anschließen möchte.

Vor allem und zuerst will ich aber unseren beiden Berichterstattern, dem Kollegen Destremau und dem Kollegen Sieglerschmidt, für ihre ausgezeichneten Berichte und für die objektive Darstellung der Tatbestände Dank und Anerkennung aussprechen. Die vorliegenden Berichte ziehen eine aktuelle Bilanz der bisherigen Entwicklung der Ost-West-Beziehungen, und sie beinhalten gleichzeitig einen Ausblick auf die kommenden Aufgaben, die uns auf dem Wege gestellt sind.

Die neue Entwicklung dieser Ost-West-Beziehungen begann, wie wir alle wissen, bereits im Jahre 1968 auf der NATO-Ministerratstagung in Reykjavik, wo erstmalig die **Strategie der Verteidigung und Entspannung in Europa** konzipiert wurde. Diese neue Konzeption kam nicht aus dem luftleeren Raum, sie war vielmehr das Ergebnis einer gründlichen und realistischen Bestandsaufnahmen, die sich aus einer veränderten politischen und militärischen Großlage in der Welt nach dem atomaren Patt ergab. Damit wurde ein Ziel angepeilt, das der Chef meiner Regierung, Bundeskanzler Willy Brandt, noch vor wenigen Tagen, am 22. November, vor der 18. Jahrestagung der Nordatlantischen Versammlung in Bonn so formuliert hat, daß es unsere Aufgabe sei, den Frieden in Europa für Generationen zu sichern. Darum geht es in der Tat. Das ist ein großes und ein anspruchsvolles Ziel, und wir wissen sehr gut, daß wir erst am Anfang eines sehr langen Weges stehen und daß dieser Weg gewisse Chancen, aber auch Risiken beinhaltet. Es wäre in der Tat fehl am Platze, von der oft, viel und falsch zitierten Entspannungseuphorie zu sprechen, aber es bleibt uns keine Wahl, als diese Herausforderung anzunehmen.

Trotz dieses realistischen Skeptizismus, Herr Präsident, bleibt festzustellen, daß die ersten ermutigenden Schritte bereits getan sind, das heißt in Stichworten, die erste abgeschlossene Runde der SALT-Gespräche zwischen den USA und der UdSSR, die Verträge der Bundesrepublik Deutschland mit der UdSSR und mit Polen, das Viermächteabkommen über Berlin, der innerdeutsche — wenn ich so sagen darf — Verkehrsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, die vor wenigen Tagen begonnene Vorbereitungsrunde für eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Helsinki und schließlich der bereits paraphierte Grundvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten.

Bei diesem Stand der Entwicklung, Herr Präsident, und der absehbaren Weiterentwicklung wird man auf die drei folgenden Grundtatbestände verweisen müssen:

1. Die **militärische Sicherheit** in Europa, das heißt, die Erhaltung des militärischen Gleichgewichts auf unserem Kontinent, ist und bleibt die Grundvoraussetzung jeder erfolgreichen Entspannungspolitik.
2. Glaubhafte militärische Sicherheit in Europa ist nur im Rahmen des gesamten **atlantischen Bündnisses** möglich. Die Allianz kann nicht durch iso-

lierte, nur westeuropäische Verteidigungskonzepte ersetzt werden, weder qualitativ und quantitativ.

3. Die neue Entwicklung der Ost-West-Beziehungen erfordert für die kommende Zeit im atlantischen Bündnis nicht etwa weniger, sondern mehr **Solidarität** und mehr Gemeinsamkeit, als möglicherweise in der Vergangenheit erforderlich waren. Das gilt vor allem und zuerst für eine konzertierte Planung und Vorbereitung der kommenden Ost-West-Verhandlungen. Ich denke, meine Damen und Herren, man muß davon ausgehen, daß die Taktik der Warschauer-Pakt-Staaten darauf angelegt sein wird, die atlantischen Bündnispartner nach Möglichkeit auseinanderzudividieren; das gilt insbesondere für die europäischen Partner und jene jenseits des Atlantik, aber auch für die europäischen Partner untereinander. Das sollte man wissen und voraussehen, und man sollte alles tun, um dieser Taktik erfolgreich begegnen zu können.

Herr Präsident, gestatten Sir mir unter Bezugnahme auf den Bericht des Kollegen Sieglerschmidt einen beispielhaften Hinweis. Die bisherige **Solidarität** aller Bündnispartner in der **Deutschland-Frage** war eine absolute und unabdingbare Voraussetzung dafür, daß mit dem Berlin-Abkommen, dem Verkehrsvertrag und dem Grundvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR die ersten Schritte zum Abbau des Kalten Krieges in Deutschland eingeleitet werden konnten — nicht mehr, nicht weniger, aber immerhin die ersten Schritte. Dieser Tatbestand beweist, daß im westlichen Bündnis gemeinsam gestellte Aufgaben nicht im Gegeneinander, sondern nur gemeinsam und miteinander erfolgreich gelöst werden können. Was in dieser bisherigen vergangenen Entwicklung richtig und erfolgreich war, das kann in Zukunft nicht falsch sein. Ich glaube, daß wir auch in dieser Versammlung, in der Westeuropäischen Union, alles vermeiden müssen, was der Solidarität, der Stärke und der Effektivität des atlantischen Bündnisses politisch und militärisch abträglich sein könnte.

In Anklang an einige Gedanken, die mein lieber Freund Dodds-Parker vom United Kingdom hier angesprochen hat, meine ich, daß wir darauf verzichten sollten, diese WEU-Versammlung gewissermaßen als einen Hebel gegen die politische und militärische Gesamtstrategie der NATO zu benutzen. Ich denke, es dient auch keinesfalls der westlichen Verhandlungsposition, wenn wir im eigenen Bereich kontroverse Auffassungen und Konzepte in den Vordergrund unserer Arbeit und unserer Beratungen rücken. Vor allem aus diesen Gründen, Herr Präsident, beantragen wir im Namen der Sozialistischen Gruppe dieser Versammlung die Streichung der §§ 4 und 5 des Empfehlungsentwurfs des Herrn Kollegen Destremau, dem wir im übrigen unsere Zustimmung geben werden.

§ 4 bezieht sich, wie schon erwähnt, auf die Südflanke Europas. Zum Thema der Nord- und Südflanke haben wir erst heute morgen eine ganz eindeutige Stellung bezogen. Das wäre ohnehin eine Wiederholung. § 4 spricht aber auch von einer militärischen Zusammenarbeit der WEU in der Zukunft, „when the time is ripe". Das ist sicherlich, Herr Kollege Destremau, ein Zugeständnis an die Diskussion im Ausschuß. Gemeint ist eine Zusammenarbeit mit **Spanien** und **Portugal.** Das ist ein sehr schwieriges und auch sehr differenziertes Problem. Portugal ist im Bündnis, Spanien ist nicht im Bündnis, wohl aber durch bilaterale Verträge mit den Vereinigten Staaten an das Bündnis gekoppelt. Vor allem aber, meine Damen und Herren, ist in der atlantischen Gemeinschaft zumindest das Thema Spanien tabu, weil es in dieser Frage unter den Bündnispartnern unüberbrückbare Meinungsverschiedenheiten gibt. Wenn wir in der WEU diese kontroversen Fragen aus dem Bündnis aktualisieren, dienen wir nicht dem Bündnis, wir schwächen es vielmehr.

Meine Damen und Herren, ähnlich, so scheint es mir, ist es mit § 5. Hier wird ein konsultatives **Gremium der Stabschefs** der WEU-Mitgliedstaaten vorgeschlagen. Ich weiß nicht, was ein solcher Vorschlag für die effektive militärische Sicherheit Europas als Voraussetzung für weitere Entspannungspolitik bewirken soll. Es besteht doch die große Gefahr, daß dieses Gremium zum Konkurrenzunternehmen sowohl der Eurogroup der NATO als auch von AFCENT, also für das NATO-Oberkommando Mitte in Brunssum, wird. Das schafft im Bündnis neues Mißtrauen und neue Mißverständnisse.

Herr Präsident, gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang eine freimütige Meinungsäußerung. Wer aus gutem Grund — und es gibt Grund — für eine Stärkung der europäischen Komponente der atlantischen Allianz plädiert, der, so meinen wir, sollte besser in der **Eurogroup der NATO** aktiv mitarbeiten und deren Effektivität verbessern. Das wäre erfolgreicher als ein Konkurrenzunternehmen im verkleinerten Rahmen der WEU, das den Gesamtkomplex der europäischen Verteidigung nicht abdecken kann.

Aus diesen gewichtigen Gründen, Herr Präsident, meine Damen und Herren, bitte ich Sie sehr, dem Änderungsantrag Nr. 1 zu Dokument 587 Ihre Zustimmung zu geben.

Herr Präsident, erlauben Sie mir abschließend ein persönliches Wort. Diese Bemerkungen von diesem Platz, Herr Präsident, meine Damen und Herren, waren meine letzte Rede in dieser Versammlung der Westeuropäischen Union, weil ich meine parlamentarische Arbeit in meinem Lande beendet habe. Herr Präsident, ich habe Grund, mich bei Ihnen und bei allen meinen Kollegen in dieser Versammlung sehr herzlich für die faire kameradschaftliche Kooperation zu bedanken, die Sie mir nicht nur in meinem Ausschuß, dem Verteidigungsausschuß — Herr Kollege Destremau als Vorsitzender — sondern die Sie mir auch in dieser Versammlung immerhin über sieben Jahre lang gewährt haben. Ich möchte mich dafür bedanken und Ihnen sagen: im Interesse Europas eine Zeitlang hier wirken zu dürfen, war eine gute und eine ehrenvolle Sache. Ich wünsche Ihnen, Herr Präsident, und allen Mitgliedern dieser WEU-Versammlung für die kommende Zeit zum Nutzen Europas Erfolg und Gottes Segen. Herr Präsident, ich danke Ihnen. (Beifall)

Mittwoch, 6. Dezember 1972

Tagesordnungspunkt:

Die Ost-West-Beziehungen und die Verteidigung

Europa und die Entwicklung der Ost-West-Beziehungen

(Fortsetzung der Aussprache vom Vortage)

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des französischen Verteidigungsministers, Michel Debré

Lenze (Attendorn) (CDU/CSU): Erstens. Herr Minister, glauben Sie nicht mit mir, daß die in die NATO integrierten Völker Westeuropas ebenso wie Frankreich mit seiner Politik die Kraft eines echten Patriotismus mobilisieren können und daß der richtige Patriotismus die möglichst wirksame Verteidigung — militärisch, politisch und finanziell — von uns allen verlangt, daß also gerade **Patriotismus** unter Umständen die **Einordnung in eine höhere Verteidigungsorganisation** erfordert?

Zweitens. Glauben Sie nicht mit mir, daß der möglichst schnelle Aufbau der **Politischen Union** Westeuropa das beste Fundament für das Entstehen der sogenannten europäischen Persönlichkeit ist?

Drittens. Sind Sie mit mir der Auffassung, daß die Einbeziehung des französischen Staatsgebietes und sogar der iberischen Halbinsel das beste Fundament für eine sinnvolle Gestaltung der Strategie der NATO und besonders für den Aufbau einer wirkungsvollen Logistik ist?

Minister Debré erklärte, er habe noch nicht sehr gut verstanden, was das Wort „Integration" für die öffentliche Meinung bedeute. Nach seiner Meinung bedeute es die Unterstellung der Streitkräfte unter den Oberbefehl einer Persönlichkeit, die nicht Europäer sei. Im Frieden halte er dies nicht für das geeignete System, um Streitkräfte zu mobilisieren.

Nach seiner Meinung sei es für ein Land von erheblicher Bedeutung, wenn es seine Verteidigung nicht mehr als seine Aufgabe betrachte. In diesem Fall gebe es eine Art von Demobilisierung. Man könne diese Demobilisierung wünschen, man könne eine politische Entwicklung zum Neutralismus hin wünschen; man müsse nur wissen, was das kosten werde, und man dürfe auch nicht über die Konsequenzen erstaunt sein. Das könne dazu führen, daß die klare Vorstellung über die eigene Pflicht verlorengehe, und daher könne Integration zu einem allgemeinen Mangel an Interesse für die Verteidigung führen.

Was die politische Union angehe, so könne die „Persönlichkeit Europas" auch noch über die erweiterte Europäische Wirtschaftsgemeinschaft hinausgehen. Man müsse aber wissen, daß die politische Union nicht einer Verteidigungsorganisation vorausgehen könne, vielmehr sei es das Gefühl der Gemeinschaft angesichts der gemeinsamen Gefahr, das die Verteidigung bewirke und zur politischen Union führe.

Richter (SPD): Herr Minister, ich bin Ihnen ganz besonders dankbar dafür, daß Sie die Anstrengungen dieses Hauses in dem Bereich gewürdigt haben, in dem wir uns um eine Zusammenarbeit bemüht haben, nämlich dem Rüstungsbereich. Sie haben eine ganze Reihe gemeinsamer Rüstungsvorhaben der Partnerländer aufgezählt. Morgen wird sich dieses Haus mit dem sehr schwierigen Bereich der **Raumfahrtfragen** befassen. Hier sind seit Monaten die Fragen um Europa II und III strittig. Bisweilen wird behauptet, es gebe in diesem Bereich sicherheitspolitische Überlegungen Ihres Landes. Mich würde interessieren, ob Sie dies auch so sehen.

Minister Debré erklärte, daß die Haltung Frankreichs zu diesem Punkt bekannt sei. Das Zögern europäischer Nationen, die dazu in der Lage seien, völlig unabhängig Trägerraketen herzustellen, sei ein schwerer Irrtum. Er selbst habe sich als Premierminister für den Aufbau einer unabhängigen Industrie zur Herstellung von Trägern eingesetzt. Er würde es sehr bedauern, wenn ein solches Projekt, das er als ein wichtiges Element in der Persönlichkeit Europas betrachte, aufgegeben würde. Wenn nur die Vereinigten Staaten, Rußland und China solche Träger herstellen könnten, würde das bedeuten, daß die europäischen Nationen darauf verzichtet hätten, ihre Persönlichkeit zu behaupten. Europa müsse über militärische Satelliten verfügen, wenn eine wirksame Abschreckung aufgebaut werden solle; aber das sei ein Problem, das völlig unabhängig von allen Überlegungen über die Produktion von Trägern und die Weltraumforschung gelöst werden könne.

Tagesordnungspunkt:

Die Ost-West-Beziehungen und die Verteidigung

(Fortsetzung der Aussprache)

Lemmrich (CDU/CSU): Herr Präsident! Ich möchte unserem Kollegen Destremau sehr herzlich für seinen ausgezeichneten Bericht danken und stimme ihm voll zu. Auch Herrn Kollegen Sieglerschmidt möchte ich für seinen Bericht danken.

Was den Bericht des Kollegen Destremau betrifft, der vom Verteidigungsausschuß einstimmig verabschiedet wurde, so wurde diese Entschließung einstimmig angenommen, und zwar auch mit den Stimmen der Kollegen Pöhler und Boyden, die jetzt einen anderen Standpunkt bezogen haben. Es wäre

sicherlich für alle Kollegen zweckmäßig, zu erfahren, welche Gründe sie veranlaßt haben, ihre Meinung zu ändern. Der Herr Kollege Pöhler hat zwar hier eine bemerkenswerte Rede gehalten, aber die Gründe, mit denen er seinen Antrag untermauerte, sind ja nicht neu, die galten vielmehr bereits zu dem Zeitpunkt, als er dieser Entschließung im Verteidigungsausschuß zustimmte.

Der Herr Kollege Boyden sprach davon, daß es vor allen Dingen um **Spanien** gehe. Er sei in **Gibraltar** gewesen und habe sich mit den Problemen der Bevölkerung befaßt, insbesondere mit jenen Problemen, die die Bürger von Gibraltar mit Spanien haben. Er sagte wörtlich: „Alle Menschen in Gibraltar sind bereit, sich uns anzuschließen, weil Großbritannien demokratisch ist." Und er führte fort, daß er über die Grenze geschaut habe und daß Spanien eben ein Polizeistaat sei. Ich möchte sagen, dem ist sicherlich nichts hinzuzufügen. Wenn er aber dann fortfährt, man dürfe die Kritik der Sowjetunion nicht dadurch herausfordern, indem man die Ziff. 4 in der Entschließung beläßt, dann scheint mir in der Argumentation einiges nicht zu stimmen.

Gerade die **Sowjetunion** gehört zu jenen Ländern, die in ihrem Machtbereich eben nur die Herrschaft der Polizei und der einzigen Partei, die es dort gibt, der kommunistischen Partei, kennen. Ich bin der Meinung, wir sollten dieser doppelzüngigen Propaganda der Sowjetunion und der Kommunisten nicht noch durch solche Äußerungen Vorschub leisten.

Ich möchte den Kollegen Boyden herzlich bitten, wenn er sich schon Grenzen zu Polizeistaaten anschaut, das doch auch einmal in **meinem Lande** zu tun. Auch dies hat hier schon zur Diskussion gestanden, daß diese Grenze die Bürger Deutschlands hindert, zueinander zu kommen, daß es an dieser Grenze Stacheldraht und Minensperren und abgerichtete Hundestaffeln gibt, daß es dort Selbstschußapparate gibt, die denjenigen, der über die Grenze will, automatisch unter Lebensgefahr daran hindern, und daß es dort unendlich viele Grenzsoldaten gibt. Auch das gehört dazu, und ich darf den Kollegen Boyden herzlich einladen, sich das einmal bei uns anzusehen. Wir sind gern bereit, das für ihn zu organisieren. Auch nach den Verträgen und Vereinbarungen mit der DDR ist diese Grenze in ihrer Brutalität weiterhin Wirklichkeit, ebenso wie die Berliner Mamer, die eigentlich nur als Symbol für diese Grenze gelten kann und ein Stück Ablehnung der Menschlichkeit darstellt.

Ich teile durchaus die Meinung des Kollegen Boyden, wenn er sagt, wir müssen einen Frieden schaffen, der besser ist als der jetzige. Ich kann das mit aller Eindeutigkeit nur unterstreichen: Wir müssen einen Frieden schaffen, der besser ist als der jetzige, und diesen besseren Frieden brauchen wir und eine wirkliche, eine echte, eine effektive **Normalisierung zwischen West- und Ost-Deutschland.** Solch eine Grenze ist etwas absolut Anormales, und es muß deswegen alles unternommen werden, sie durchlässiger zu machen. Das Bemühen um einen Grundvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, ist entscheidend eine Frage fairen Gebens und Nehmens; Geben und Nehmen müssen im rechten Verhältnis zueinander stehen.

Der **Grundvertrag** bedeutet — das ist vertraglich festgelegt — praktisch die Anerkennung der Teilung Deutschlands. Daß jetzt die Anerkennungswelle läuft, wird niemand mehr aufhalten können. Ich meine, daß sich diejenigen, die diese Welle ausgelöst haben, heute nicht darüber beklagen sollten — wie dies gestern geschah —, daß sie sich so unerhört schnell ausbreitet. Man muß eben das, was man veranlaßt, in etwa auch übersehen.

Die Anerkennung der Teilung Deutschlands steht im Vertrag. Die menschlichen Erleichterungen stehen nicht im Vertrag. Ich will sie nicht unterschätzen, aber sie sind spärlich genug, um als ein echter Gegenpreis für das, was der DDR vertraglich zugestanden worden ist, zu gelten. Wir meinen, die Durchsetzung der Menschlichkeit zwischen Ost- und Westdeutschland, nicht zuerst die nationale Einheit ist das vorrangige Ziel. Wenn diese menschlichen Erleichterungen darin bestehen, daß in besonderen Familienangelegenheiten auch Halbgeschwister reisen dürfen, wenn sie eine gemeinsame Mutter haben, daß in Ausnahmefällen Menschen aus Ost- und Westdeutschland heiraten dürfen — in Ausnahmefällen! —, daß in Zukunft zu den dringlichen Familienangelegenheiten auch silberne und goldene Hochzeiten gerechnet werden und daß es gewisse Regelungen für Tagesbesuche in den Grenzgebieten geben soll, dann ist damit der Katalog der gewährten Menschlichkeiten auch schon erschöpft. Das ist nicht einmal so viel, was bis 1957 zwischen West- und Ostdeutschland üblich gewesen war.

Nun kann man sagen, damals gab es auch noch keine Mauer. Aber ich meine, wir wollen doch die Menschlichkeit herstellen, unabhängig davon, ob es die Mauer gibt oder nicht. Die Mauer haben ja die Machthaber in Ostdeutschland und nicht die freiheitlichen Kräfte in Westdeutschland zu vertreten.

Unser bedingungsloses Eintreten für Menschlichkeit ist nämlich die geistige Kraft, die uns alle im freien Europa in die Lage versetzt, der expansiven und aggressiven Idee des Kommunismus zu widerstehen, dessen ideologischen Ziele — auch wenn der eine oder andere meint, das sei nicht mehr so — unverändert sind, wie Sie das aus einer der letzten Nummern der sowjetischen Zeitschrift „Internationales Leben" ganz eindeutig entnehmen können. Wir sollten die Publikationen in der Sowjetunion ernst nehmen.

Dort ist von der **Sicherheitskonferenz** die Rede. Die Forderung des Westens, über den Austausch von Meinungen, Ideen und Menschen zu verhandeln, wird abgelehnt; die Durchlässigkeit der Grenzen herzustellen, wird ebenfalls klar abgelehnt. Es wird festgestellt, daß die ideologische Auseinandersetzung unvermindert und ohne irgendwelche Rücksichten weitergehen werde und müsse. Zum Redaktionsausschuß dieser Zeitschrift gehört der sowjetische Außenminister Gromyko! Meine verehrten Damen und Herren, für mich ist der Frieden unteilbar.

Es gibt keinen Frieden, von dem man sagen kann, zwischen den Staaten ist alles friedlich und in der Ideologie wird bis aufs Messer gekämpft.

Aber davon unabhängig teile ich die Auffassung, die der Herr Kollege Judd vertreten hat, daß die Russen jetzt keine militärische Konfrontation wollen. Die Russen haben — das zeigt die Geschichte — das Warten gelernt. Sie haben einen außergewöhnlich langen Atem, sie haben eigentlich nie etwas hastig betrieben. Sie warten und hoffen, daß der Wille der freien Völker Europas zur Selbsterhaltung erlahmt. Dann fallen ihnen auf Grund ihres gewaltigen Militärpotentials allein, ohne daß ein Schuß fällt, Gebiete Europas wie eine reife Frucht in den Schoß.

Ich teile die Auffassung, die mein verehrter Kollege Sieglerschmidt vorgetragen hat, daß die drei **Weltmächte interessenbestimmte Machtpolitik** betreiben. Ich bin ihm sehr dankbar für diese Aussage. Wir können nur hoffen, daß die Spannungen zwischen China und der Sowjetunion nicht wachsen; denn ich befürchte, wenn sie wachsen, wird das nicht zu einer Entlastung des freien Europas führen, sondern zu einem verstärkten sowjetischen Druck mit allen Konsequenzen, weil Westeuropa mit seinem Menschenpotential eigentlich die Ergänzung des nicht ausreichenden sowjetischen Menschenpotentials darstellen würde, um ein etwaiges Gleichgewicht zu China zu erreichen. Ich möchte das hier nur so kurz anreißen. Es wird Gelegenheit geben, darüber einmal ausführlicher zu sprechen.

Wir sollten aber nicht übersehen, daß die **Sowjetunion** eine globale Politik betreibt. Die Sowjetunion wünscht jedoch nicht, daß ihre Politik von uns global betrachtet wird, sondern sie wünscht, daß sie sektoral betrachtet wird, jeder Bereich für sich.

Die Politik der Sowjetunion war meistens erfolgreich, wenn es auch durchaus richtig ist, was der Kollege Sieglerschmidt sagte, daß sie nicht fehlerlos sei. Aber sie war, obwohl sie nicht ganz fehlerlos war, außerordentlich erfolgreich. Man sieht das daran, in welchem Außmaß sich die imperiale Macht Rußlands seit 1956 ausgeweitet hat, von der Etablierung in Ägypten über Ungarn bis zur Stationierung ihrer Truppen in der Tschechoslowakei. Wer sich das vor Augen führt, muß Herrn Kollegen Sieglerschmidt beipflichten, daß zur Entspannungseuphorie kein Anlaß besteht, auch wenn es in Deutschland oft ganz anders klingt.

Die dauerhafte Sicherung des Friedens und unserer Freiheit verlangt — auch im Hinblick auf die vor uns liegenden Konferenzen —, so meine ich, ein handlungsfähiges Europa. Es geht dabei letztlich nicht um den geographischen Begriff Europa, sondern um die Handlungsfähigkeit der freien Nationen Europas.

Es gibt heute Kräfte, die von Gesamteuropa sprechen, um das handlungsfähige Europa der freien Nationen zu verhindern. Die Sowjetunion will das handlungsfähige freie Europa nicht. Sie will letztlich wohl ein Gesamteuropa, in dem sie dominiert. Auch das scheint mir ein wesentlicher Aspekt der Ost-West-Beziehungen zu sein.

Wir befinden uns in einem Prozeß großer Bewegung. Das bietet uns allen Chancen. Wir sollten sie nutzen, können sie jedoch nur positiv nutzbar machen bei Nüchternheit und Wachsamkeit, um die Worte meines verehrten Kollegen Sieglerschmidt zu gebrauchen.

Lenze (Attendorn) (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Kollegen! Es gibt sicherlich niemanden in dieser Versammlung, der sich nicht einer Politik des Friedens, der Entspannung und der Versöhnung verpflichtet fühlte. Dieser Friede kann nur allumfassend sein, das heißt, er muß Grund- und Menschenrechte für die Völker auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs garantieren. Sollten wir nur an unsere Sicherung denken und die Menschen jenseits des Eisernen Vorhangs vergessen, würde uns sicherlich die Geschichte bald eine bittere Lehre erteilen. Die tschechoslowakische Beratende Kommission in Westeuropa mit Sitz in München schreibt am 30. November in der „Neuen Zürcher Zeitung":

> Es würde aber auch den moralischen Grundsätzen — zu denen sich die Nationen der freien Welt bekennen und auf welchen ihre Regierungen basieren — widersprechen und wäre politisch unvernünftig, wenn ein Friede oder irgendeine Zusammenarbeit mit der Sowjetunion vereinbart würde, deren Preis die unterjochten Nationen zu bezahlen hätten. Sicher ist es nicht im Interesse des wirklichen Friedens auf unserem Kontinent, wenn jene Nationen angesichts ständiger Mißachtung ihrer Rechte und aus Verzweiflung zu Widerständen und Aufständen gezwungen wären.

Ich glaube, daß diese Ausführungen von uns allen sehr ernst zu nehmen sind. Die Bedrohung der westlichen Welt durch die ideologische Durchdringung und Zersetzung der westlichen Welt und durch die **offensive Politik des Ostens,** die gestützt auf den gewaltigen Militärapparat aller Zeiten am Verhandlungstisch durch Druck und Erpressung ihre Ziele zu erreichen sucht, ist geblieben trotz aller Bemühungen, die die westliche Politik unternimmt, um den Frieden für die Zukunft zu festigen und zu garantieren.

Es ist schwer, über die wirklichen Intentionen Moskaus im Augenblick Abschließendes zu sagen, ich glaube aber, es besteht kein Zweifel daran — auch nach allen Aussagen des Generalsekretärs Breschnew —, daß das Ziel der Weltrevolution nicht aufgegeben worden ist. Infolgedessen bleibt es eine zwingende Aufgabe für alle Verantwortlichen der westlichen Welt, in den Verteidigungsanstrengungen nicht nachzulassen und sich insbesondere bei der Politik der Abrüstung nicht überfahren zu lassen.

Ich bin unserem Kollegen Destremau für seinen nüchternen, realistischen und konstruktiven Bericht sehr dankbar. Er unterstreicht die Notwendigkeit, die Verteidigungsanstrengungen aufrechtzuerhalten und sogar qualitativ zu verbessern. Es scheint mir um so wichtiger zu sein, als nach meiner Ansicht die Behauptung vollkommen gerechtfertigt ist, daß sich der Osten militärisch im ganzen gesehen in einer besseren Position befindet. Ich denke dabei nicht nur

an konventionelle Truppen, sondern auch an die strategischen atomaren Waffen, besonders an die auf dem Gebiet der Antirakete.

In seiner Empfehlung an den Rat verlangt der Berichterstatter, daß jeder Vorschlag, der eine **Begrenzung der taktischen Atomwaffen** beinhaltet, über die die NATO-Divisionen verfügen, nur unter Teilnahme aller interessierten Länder diskutiert wird und daß jeder Vorschlag dieser Art bei den bilateralen Besprechungen über die Begrenzung der strategischen Waffen ausgeschlossen wird. Dies scheint mir der entscheidende Vorschlag der ganzen Empfehlung zu sein. Hier ist das eigentliche Fundament der Sicherheit Westeuropas in aller Deutlichkeit angesprochen. Jede Regelung auf diesem Gebiet verlangt in der Tat die Teilnahme aller betroffenen Staaten an den Verhandlungen. Dabei genügt nur die Konsultation der NATO-Alliierten durch die Vereinigten Staaten nicht, weil es hier wirklich um das Ganze für uns geht. In diesem Punkte sollten wir kompromißlos als Parlamentarier bei unseren Regierungen auf Konsequenz und Festigkeit dringen.

Ebenso halte ich den Vorschlag, zwischen der **Europäischen Sicherheitskonferenz** und den Verhandlungen über **gegenseitige und ausgewogene Truppenreduzierungen** eine Verbindung herzustellen, für sehr wichtig. Es besteht durchaus die Gefahr, daß Probleme, die die Abrüstungskonferenz angehen, auf der europäischen Sicherheitskonferenz schon präjudiert werden. Das muß verhindert werden, und so verstehe ich Artikel 2 der Empfehlung von Herrn Destremau.

Dann möchte ich mich den Artikeln 4 und 5 der Empfehlung von Herrn Destremau zuwenden. Der Ausschuß hatte sich meines Wissens mit Mehrheit für Artikel 4 entschieden. Unsere sozialistischen Kollegen haben die Streichung dieses Artikels beantragt. Herr Kollege Pöhler hat hier im Plenum in aller Offenheit die Frage der Teilnahme **Spaniens** an den Verteidigungsbemühungen der westlichen Welt angesprochen. Nach meiner Ansicht hätte diese ganze Diskussion vermieden werden können, wenn man dem Vorschlag des Ausschusses ohne große Diskussion in der Öffentlichkeit des Plenums gefolgt wäre. Ich teile mit den sozialistischen Kollegen die Auffassung, daß die Solidarität im Bündnis und die Glaubwürdigkeit der politisch-moralischen Grundsätze des Bündnisses von entscheidender Bedeutung und unabdingbar sind. Jeder hier wünscht die Liberalisierung und Demokratisierung in Spanien. Das ist ein Prozeß, den man mit allen Mitteln der politischen Klugheit und Zweckmäßigkeit fördern soll. Im Innern Spaniens gibt es eine hoffnungsvolle Bewegung in dieser Richtung, die besonders von der Kirche vorangetrieben wird.

Ich will hier nicht den Unterschied zwischen einer Diktatur totalitärer und autoritärer Prägung darlegen. Das würde sicherlich zu weit führen. Wir setzen uns mit Recht für politische Verhandlungen und Regelungen mit der östlichen Welt ein.

Wir wissen, wie groß die Gefahr, die uns von dort bedroht, trotz aller Bemühungen und Verhandlungen ist und wie schwer das Los der Menschen in den kommunistischen Diktaturen ist. Wir glauben, daß wir durch diese Politik das Los der Menschen auch jenseits des Eisernen Vorhangs verbessern, indem wir Konfrontationen abbauen. Sollte dasselbe nicht auch gegenüber bestimmten Ländern der westlichen Welt möglich sein, auf die wir uns im Ernstfall verlassen können?

Der deutsche Außenminister Scheel vertritt den Standpunkt einer Außenpolitik ohne Ideologie. Das sollte meiner Auffassung nach nach allen Seiten gelten. Wir nehmen es in Kauf, daß durch unsere Entspannungspolitik die kommunistischen Länder im Ansehen der Weltöffentlichkeit aufgewertet werden und, wie man in Deutschland zu sagen pflegt, hoffähig gemacht werden. Sollten wir daraus nicht die Konsequenz ziehen, Staaten, auf die wir angewiesen sind und die uns im Ernstfall helfen, nicht immer wieder öffentlich in Diskussionen dieser Art hineinzuziehen? Wer macht heute den westlichen Demokratien einen Vorwurf daraus, daß sie, um das nationalsozialistische Gewaltregime zu stürzen, sich mit Stalin verbündeten? Und das war eine totalitäre Macht. Glauben Sie in allem Ernst, im Ernstfall würde die westliche Welt die Hilfe irgendeines Staates ablehnen, um sich zu retten?

Die Vereinigten Staaten und Frankreich arbeiten heute schon bilateral mit Spanien zusammen. Warum? Weil es militärisch notwendig ist. Ich habe hier früher in der Versammlung darauf hingewiesen, daß für eine überzeugende Strategie der westlichen Welt im Ernstfall das Staatsgebiet Frankreichs und der gesamten iberischen Halbinsel notwendig ist, daß aber für den Aufbau einer ausreichenden Logistik und Infrastruktur dieser Raum schon in Friedenszeiten vorbereitet werden muß.

Was ist entscheidender: die Rettung und Sicherung der gesamten freien Welt mit ihrer demokratischen Grundverfassung, ihrer Zivilisation und Kultur oder die Bedenken, die wir — ich gebe das zu — gegen das heutige Regime in Spanien mit Recht haben?

Ich bitte deswegen die Versammlung, den Antrag der sozialistischen Fraktion auf Streichung des Absatzes 4 der Empfehlung nicht anzunehmen. Die Formulierung dieses Absatzes durch den Ausschuß scheint mir so fair zu sein, daß es jedem möglich sein sollte, ihr zuzustimmen. Ebenso bin ich der Auffassung, daß es richtig ist, Absatz 5 der Empfehlung nicht zu streichen.

Die Westeuropäische Union hat einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung der westlichen Welt geleistet. Man sollte nicht eher von ihr Abschied nehmen, als die politische Union Westeuropas in ihr entscheidendes Stadium eingetreten ist.

Ich nehme heute wie viele andere deutsche Kollegen zum letztenmal an einer Plenarsitzung dieses Gremiums teil. Ich wünsche den Kollegen, die unsere Arbeit hier fortsetzen, viel Erfolg bei ihrer verantwortungsvollen und schwierigen Arbeit für den Aufbau einer Welt in Frieden und Freiheit, mit einem Wort: im Kampf für eine Welt der Menschlichkeit.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des luxemburgischen Außenministers und derzeitigen Präsidenten des Ministerrats der Westeuropäischen Union, G. Thorn

Kahn-Ackermann (SPD): Herr Minister, ich habe mit großer Aufmerksamkeit, aber auch mit einer gewissen Sorge Ihren Ausführungen zugehört, soweit sie die zukünftige **Behandlung von Themen** einerseits im Ministerrat der **EWG** der Neun und andererseits im Ministerrat der **WEU** betreffen. Mir ist nun nicht ganz klar — ich glaube, Sie haben das auch nicht vollständig dargelegt —, in welcher Weise wir Themen behandeln sollen — was ja denkbar ist —, die der Ministerrat der Neun behandelt und die möglicherweise dieses Haus zu behandeln wünscht, die aber dann nicht unter den Sieben behandelt werden, weil sie schon unter den Neun behandelt worden sind. Hier scheint mir ein gewisser Konflikt, auch ein zeitlicher Konflikt, sich anzubahnen. Wir wissen ja, daß der Ministerrat des Brüsseler Vertrages beabsichtigt, nicht mehr so häufig zu tagen. Sie werden verstehen, es erfüllt uns mit einer gewissen Sorge, daß wir möglicherweise nicht mehr den geeigneten Adressaten haben werden für alle Fragen, die uns bewegen.

Falls die Minister unter sich über dieses Problem schon gesprochen haben, wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie hierzu noch einige Ausführungen machen könnten.

Sieglerschmidt (SPD): Herr Minister, Sie haben sich in Ihren Ausführungen mit der demokratischen Legitimation und den Kompetenzen des Europäischen Parlaments beschäftigt und haben dabei einerseits zum Ausdruck gebracht, daß das **Europäische Parlament** eine **vollständige demokratische Legitimation** besäße, daß andererseits aber die Kompetenzen verstärkt werden sollten. Ich entnehme daraus, Sie sind der Meinung, daß, wenn sich eine Verstärkung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments und das **direkte Wahlverfahren,** das in Art. 138 der Römischen Verträge vorgesehen ist, nicht gleichzeitig erreichen läßt der **Verstärkung der Kompetenzen** der Vorzug zu geben ist.

Ich möchte gleich sagen: ich teile diese Auffassung. Aber wenngleich ich meine, daß die demokratische Legitimation des Europäischen Parlaments jetzt durchaus ausreicht, um seine Kompetenzen ganz erheblich zu verstärken, frage ich mich doch, ob man von einer vollständigen demokratischen Legitimation sprechen kann. Denn Art. 138 der Römischen Verträge bringt ja zum Ausdruck, daß es sich noch nicht um eine vollständige demokratische Legitimation handelt.

Infolgedessen zielt meine zweite Frage dahin, ob Sie mit mir der Meinung sind, daß das vorgesehene Wahlverfahren sobald als möglich eingeführt werden sollte, und wie Sie die Aussichten, in dieser Hinsicht in absehbarer Zeit weiterzukommen- beurteilen.

Außenminister Thorn antwortete Abg. Kahn-Ackermann, daß man aus dem circulus viciosus herauskommen müsse. Es gebe mehrere internationale parlamentarische Gremien, in denen drei, sieben, neun oder fünfzehn Mitgliedsländer vertreten seien. Würde man nun verlangen, daß ein in den verschiedenen Versammlungen aufgeworfenes Problem immer auf Ministerebene behandelt werden müsse, dann müßten die gleichen Minister das gleiche Problem vier- oder fünfmal behandeln. Das, und da müsse man Realist sein, würden sie nicht tun. Wesentlich sei, daß sie die Probleme auf verschiedenen Ebenen und zu verschiedenen Zeiten behandelten; wesentlich sei, daß sie die Arbeit aufteilten und sich mit Problemen, die sich ihnen stellten, auseinandersetzten.

Die WEU werde keine ihrer im Vertrag aufgezählten Zuständigkeiten verlieren. Die Minister der sieben Mitgliedsländer würden nach wie vor die ihnen von den Mitgliedern der Versammlung gestellten Fragen beantworten und die von den Sieben getroffene Entscheidung vortragen, auch wenn sie zu dieser Entscheidung bei einem Treffen der Neun gekommen seien; aber daraus würden die Mitglieder der Versammlung den Ministern sicherlich keinen Vorwurf machen.

Auf die Frage des Abg. Sieglerschmidt antwortete der luxemburgische Außenminister, auf dem Pariser Gipfeltreffen hätten einige — alte und neue — Mitglieder des Gemeinsamen Marktes erklärt, daß Direktwahlen zum Europäischen Parlament nicht unverzüglich durchgeführt werden könnten. Andere hielten eine Verstärkung der Kompetenzen ohne gleichzeitige Einführung der Direktwahl für unmöglich. Das sei jedoch falsch. Eine europäische parlamentarische Versammlung, deren Mitglieder von den nationalen Parlamenten entsandt würden, habe jede erforderliche Legitimation für die Verstärkung ihrer Kompetenzen.

Tagesordnungspunkt:

Die Ost-West-Beziehungen und die Verteidigung Europa und die Entwicklung der Ost-West-Beziehungen

(Fortsetzung der Aussprache)

Frau Klee (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich ganz besonders herzlich Herrn Minister Thorn danken. Wir alle haben mit großem Interesse und großer Freude seinen mutigen Einsatz anläßlich der KSZE für die

Freizügigkeit von Menschen, Informationen und Ideen gehört. Wir sind ihm dankbar und hoffen, daß eine Abstimmung im Kreise des Ministerkomitees der NATO erfolgt, die seine Meinung noch unterstreicht.

Im übrigen möchte ich den beiden Berichterstattern, Herrn Sieglerschmidt und Herrn Destremau, aufs herzlichste für die umfangreiche Arbeit danken, die sie für uns gemacht haben. Ich stimme mit Herrn Sieglerschmidt überein, daß sein Thema fortlaufend behandelt werden sollte, denn es ist das große Thema unserer Zeit. Ich glaube, wir stimmen im Ziel: Frieden, Entspannung, Ausgleich, wirklich vollinhaltlich überein. Unser deutsches Volk leidet besonders unter der Spannung, und deshalb ist eine Friedenspolitik, ein echter Beitrag zur Entspannung, der Wunsch aller. Ich brauche nicht daran zu erinnern, daß unendlich viele Familien durch die Politik zerrissen worden sind und daß sich gerade diese Familien wünschen, daß es zu **Freizügigkeit und Wahrung der Menschenrechte in beiden Teilen Deutschlands** kommt.

Wichtige Schritte sind geschehen. Aber können wir sagen, daß die Verträge die Grundbedingung für die Entspannung sind? Ich glaube, es ist sehr viel realistischer, wenn man es so sagt, wie es der Bundeskanzler in seiner offiziellen Stellungnahme zum **Grundvertrag** getan hat, daß „dieser Vertrag das Instrument werden soll, um unter den gegebenen Umständen das Miteinander zu organisieren". Es wäre wirklich wunderschön, wenn jetzt die lästigen querelles allemandes endgültig beendet würden, weil beide Deutschland in die UNO aufgenommen werden. Aber täuschen wir uns nicht, es handelt sich hier ja nicht um querelles allemandes, sondern Deutschland lag und liegt auf der Nahtstelle der Weltpolitik. In Deutschland treffen die Gegensätze der Weltpolitik aufeinander, und insofern dürfen wir uns nicht täuschen, daß mit einem einzigen Schritt auf einmal alle diese Spannungen ausräumbar wären.

Weiterhin müssen wir uns fragen: Hat dieser Vertrag denn wirklich die Ursachen der Spannungen beseitigt? Gibt er mehr Klarheit, oder gibt er womöglich Anlaß zu mehr Unklarheit? Gibt er die Möglichkeit zu Mißinterpretationen und damit zu weiteren Schwierigkeiten? Deshalb bedauern wir, daß die äußere Form des Vertrages unübersichtlich ist. Da ist der Vertragstext, dazu gibt es 11 zusätzliche Protokolle, Briefe usw. Ein ganz entscheidender Brief, ein weiteres Statement, soll noch folgen.

Der Inhalt des Vertrages erscheint uns nicht präzise genug, nicht konkret genug. Im Zusatzprotokoll lesen wir nur Futurum und Konjunktiv. Der Vertrag ist zu ungleichgewichtig, er beinhaltet, daß die DDR ihre Ziele, die sie mit großer Zähigkeit durch Jahrzehnte hindurch verfolgt hat, mehr oder minder durchsetzt: Aufnahme in die UNO, damit die Öffnung zur weltweiten Anerkennung.

Ich war dem Kollegen Sieglerschmidt wirklich sehr dankbar, daß er auf dieses Thema noch einmal ausdrücklich eingegangen ist und Sie alle beschworen hat, nur **abgestimmt** zu **handeln** und gerade dieses Thema in den nächsten Tagen auf der NATO-Ministerkonferenz intensiv zu behandeln und abzustimmen. Es ist in der Tat die allerletzte Chance, die wir haben, im Bereich der menschlichen Erleichterungen etwas zu erreichen. Wenn wir diese Chance einfach verschenken, weil wir nicht in der Lage sind, uns vernünftig miteinander abzustimmen, ist es passiert, und wir können für die Zukunft nichts mehr für die Menschen drüben herausholen.

Im Vertragstext wird tatsächlich von unserer Seite aus ein Maximalpreis zugestanden. Diesen Maximalpreis haben wir auf Grund gemeinsamer Verabredung Jahrzehnte hindurch aufgehoben, um ihn für eine echte Entspannung und für die Wahrung der Menschenrechte in ganz Europa und damit für die Sicherung des Friedens geben zu können. Es ist bestimmt keine Rückwärtsschau, kein Lamentieren oder Bremsen, wenn diese Fakten angesprochen werden. Ich glaube, wir sind es Ihnen einfach um der Redlichkeit willen schuldig, Ihnen zu sagen, daß es in Deutschland nicht nur eine einzige Meinung gibt, daß es unterschiedliche Meinungen gibt. Ich finde, Sie sollten unsere Meinung kennen, und zwar durch uns selbst in diesem Forum, was dazu geschaffen ist, und nicht nur über die Interpretation von Journalisten oder von sonstigen Menschen.

Ich muß ehrlich sagen, nachdem wir das uns Mögliche getan haben, müssen wir eine absolut klare Sprache sprechen. Wir müssen fordern, daß alles, was in dem Zusatzprotokoll steht, tatsächlich erfüllt wird. Wir müssen zum Ausdruck bringen, daß wir von unserem Vertrags-Partner die **redliche Erfüllung des** von ihm **Versprochenen** erwarten. Wir erwarten wirkliche menschliche Erleichterungen. Wir fordern auch Freizügigkeit für Menschen, Ideen und Informationen, wie sie auch das NATO-Ministerkommuniqué als das eigentliche Ziel der Sicherheitskonferenz unterstrichen hat. Wir lassen es nicht zu, daß das, was uns versprochen worden ist, pervertiert wird. Wenn die andere Seite Deutschlands z. B. von den zusätzlichen Teilen des Vertrages die sie belastenden Teile jeweils nicht veröffentlicht, können wir das nicht entschuldigen, sondern wir müssen es zur Sprache bringen, wie es auf Drängen der Opposition in Deutschland schließlich auch geschehen ist.

Wir können einfach kein Verständnis dafür aufbringen, daß man augenblicklich mit einem Schein des Rechtes versucht, die Zugeständnisse der anderen Seite wieder rückgängig zu machen. Wir wissen z. B., daß 400 000 SED-Funktionäre und vor allem 67 000 hauptamtliche Parteisekretäre als Geheimnisträger erklärt werden sollen. Dadurch ist es möglich, ihnen zu verbieten, in irgendeinen **Kontakt mit Besuchern aus der Bundesrepublik** zu kommen. Wir wissen, daß in den Betrieben in dem anderen Teil Deutschlands Kampagnen organisiert werden, in denen mit der üblichen Einstimmigkeit im Wege der Selbstverpflichtung die Arbeiter und die Mitglieder der Gewerkschaften auf jegliche Kontakte zum Westen verzichten müssen.

Wir wissen, daß es z. B. in der Zone rechts und links des **Eisernen Vorhangs**, wo man sich angeblich

frei besuchen kann, nur vier weitere **Übergänge** geben soll. Das sind im ganzen neun Grenzübergänge für 2 000 km. Das bedeutet z. B., daß Menschen, die fünf Kilometer von der anderen Seite entfernt sind, 200 Kilometer reisen müssen, und dies an einem Tag. Und ob sie das Auto auf der anderen Seite benutzen dürfen, steht noch dahin. Ich kann Ihnen z. B. den Fall einer Bekannten schildern, die zum Totensonntag an das Grab ihres Vaters wollte, der fünf Kilometer entfernt sein Grab gefunden hat. Sie bekam keine Aufforderung, nach drüben zu kommen, weil der Gemeindesekretär SED-Mitglied ist und sie nicht einladen durfte, weil der Bürgermeister als Geheimnisträger sie nicht einladen konnte und ihr armer Vater im Grab lag und sie nicht einladen konnte.

Diese Dinge muß man einfach wissen und in Rechnung stellen. Sonst bekommt man ein falsches Bild. Sonst denkt man, daß durch die Verträge tatsächlich eine echte Normalisierung eingetreten sei. Davon kann aber wirklich nicht die Rede sein, wenn man trotz unseres Friedenswillens — wir wollen doch alles für die Entspannung und den Frieden tun; das ist doch weltweit bekannt — diese schrecklichen **Tötungsanlagen** weiterbaut. Es handelt sich um elektrisch geladene Zäune, die so hoch sind wie Tenniszäune, in deren Zementpfosten in jeder Höhe Fotoaugen eingebaut sind, welche die Selbstschießanlage auslösen. Sobald ein Mensch auf dem Boden durch den Zaun kriechen oder über den Zaun springen will, nehmen die Fotoaugen ihn wahr, und er wird erschossen. Das passiert in diesem Moment in Deutschland. Ich habe mir vor drei Wochen diese Anlage angeschaut.

Ich muß Ihnen ehrlich sagen, ich war sehr glücklich, daß von allen Seiten gegen Euphorie gesprochen wurde. Nicht Euphorie ist am Platze, sondern Realismus. Ich möchte Sie beschwören, realistisch zu sein.

Das Wichtigste — da stimme ich mit dem Herrn Berichterstatter vollinhaltlich überein — muß unsere **Solidarität im Westen** sein. Denn diese Solidarität hat uns auf unserem Kontinent, der im Laufe der Jahrhunderte der unruhigste gewesen ist, immerhin 20 Jahre Frieden und Stabilität eingebracht.

Ich möchte an dieser Stelle noch eine Bemerkung machen. Die Einordnung der Bundesrepublik in den Westen war schließlich die Leistung der CDU, Konrad Adenauer und Heinrich von Brentano haben das für den Frieden in der Welt getan. Ich kann Ihnen nur versichern, daß wir von der CDU ein einziges Ziel haben: die feste Integration in den Westen und die Abstimmung mit Ihnen allen. Wir wollen unser gemeinsames Schicksal in voller Solidarität mitgestalten. (Beifall.)

Sieglerschmidt (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst bei all denjenigen Kolleginnen und Kollegen bedanken, die meinem Bericht eine so wohlwollende Beurteilung haben zuteil werden lassen. Das gilt auch — dies möchte ich ausdrücklich betonen — für die deutschen Kollegen von der CDU/CSU. Ich betrachte das nicht als eine diplomatische Floskel, weil ich davon ausgehe, daß wir uns über weite Strecken in den Fragen, die hier diskutiert worden sind, durchaus auf dem gleichen Wege bewegen. Das hindert allerdings nicht, daß es eine Reihe entscheidender Punkte gibt, bei denen wir verschiedener Auffassung sind.

Damit, verehrte Kolleginnen und Kollegen, bin ich schon bei der Problematik, die von den deutschen Kolleginnen und Kollegen hauptsächlich erörtert worden ist, nämlich dem **Grundvertrag** zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Ich könnte jetzt sehr lange darüber sprechen; denn Sie werden mir glauben, daß ich auf jede der kritischen Anmerkungen eine sehr präzise Antwort hätte. Aber ich meine, diese Versammlung ist nicht der Ort, diese Diskussion zu führen, sondern sie wird anläßlich der Ratifikationsdebatte über den Grundvertrag im Deutschen Bundestag geführt werden.

Aber mir scheint es notwendig zu sein — vor allem was das Tatsächliche anbelangt —, doch einige Anmerkungen zu machen. Herr Lemmrich hat davon gesprochen, daß die Anerkennung der Teilung Deutschlands im Vertrag stehe, die **menschlichen Erleichterungen** aber nicht im Vertrag ständen. Was den ersten Teil anbelangt, so möchte ich dem zunächst einmal sehr deutlich widersprechen. Dieser Vertrag enthält nicht die **Anerkennung der Teilung Deutschlands,** er gibt nicht die Ziele der Bundesrepublik Deutschland auf, die Teilung Deutschlands zu überwinden. Er stellt in bescheidener Form nicht mehr fest, als sich in 20 Jahren bereits entwickelt hat. Aber ich will diesen Punkt aus den Gründen, die ich schon genannt habe, nicht vertiefen.

Mir geht es vielmehr darum, Herr Kollege Lemmrich: Auch Ihnen müßte doch bekannt sein, daß nach anerkanntem Völkerrecht — zuletzt festgelegt in der Wiener Vertragsrechtskonvention — alle Teile eines Vertragswerkes, gleichgültig welche Form man dafür gewählt hat, die gleiche völkerrechtliche Verbindlichkeit haben, ob es sich nun um den eigentlichen Kernvertrag, um Zusatzprotokolle oder andere Appendices handelt. Es scheint mir doch wichtig, das hier festzustellen.

Im übrigen scheint mir die Diskussion sehr stark um die Frage zu gehen, ob man — ich darf nun aus meiner Sicht etwas pointiert formulieren — solche Schritte erst dann tun darf, wenn das kommunistische totalitäre Regime in der DDR aufgehört hat, ein kommunistisches totalitäres Regime zu sein — dies würde nämlich bedeuten: alle Forderungen, die gestellt worden sind, dürfen erst dann verwirklicht werden —, oder ob es richtig, vernünftig und im Interesse der Menschen ist — Politik soll ja im Interesse der Menschen gemacht werden —, Schritt für Schritt langsam voranzugehen.

Herr Kollege Lemmrich hat von dem bedingungslosen Eintreten für die Menschlichkeit gesprochen. Bedingungsloses Eintreten für die Menschlichkeit nur in der Form des Protestes und der Forderung genügt eben nicht, sondern man muß versuchen,

Stück für Stück weiterzukommen. Um deutlich zu machen, worum es hier geht, scheint mir eine Formulierung aus dem Beitrag der Kollegin Klee besonders eindrucksvoll zu sein. Sie hat bedauert — und hat das auch im einzelnen ausgeführt —, daß nur vier **Grenzübergänge** zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR dazugekommen seien. Herr Präsident, ich habe eine Karte mit den Grenzübergängen vor mir liegen, die sich jeder gern ansehen kann. Bisher waren es fünf Grenzübergänge, jetzt sollen vier dazukommen. Ich muß sagen, wenn es zwei gewesen wären, wäre das auf diesem Gebiet auch schon ein ganz guter Fortschritt. Aber bei all diesen Dingen zeigt sich eben, wie wenig man von einer Politik des Alles oder nichts ausgehen darf, wenn man etwas Vernünftiges erreichen will.

Ich darf in diesem Zusammenhang auf das Amendement Nr. 3 eingehen, um der Versammlung zu erläutern, wie es zu diesem Amendement gekommen ist. Der Ausschuß für allgemeine Angelegenheiten hat gestern nachmittag über das von mir hier verlesene und erläuterte Amendement noch einmal diskutiert. Im Ergebnis dieser Diskussion hielt der Ausschuß einige Modifikationen, mit denen ich mich voll einverstanden erklären konnte, für nützlich. Er hat dann eine kleine Arbeitsgruppe beauftragt, den zweiten Teil des Schlußsatzes dieses Amendements abschließend zu formulieren. Dies ist geschehen. Das Ergebnis ist das Amendement, das von Kollegen Leynen und mir hier vorgelegt worden ist. Ich glaube, es stellt eine akzeptable Formulierung dar.

Ich möchte ganz besonders auch dem Kollegen Hill danken für seine Unterstreichung meiner These, daß man nicht auf die Erbfeindschaft zwischen **China** und der **Sowjetunion** bauen sollte. Es ist für mich sehr wertvoll, daß jemand aus persönlicher Kenntnis des Landes und der Verhältnisse zu denselben Schlüssen gekommen ist, zu denen ich in meinem Bericht gekommen bin.

Zur Abkürzung der Debatte möchte ich nur noch auf einen Komplex eingehen, der im wesentlichen in den Beiträgen der Kollegen Bettiol und Vedovato zu finden war. Der Kollege Vedovato hat die sowjetischen Absichten insbesondere hinsichtlich der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sehr düster ausgemalt. Der Kollege Bettiol hat diesen Akzent sogar noch erheblich verstärkt und hat das besonders auf die Ostpolitik der Bundesregieung bezogen. Herr Kollege Bettiol hat aber eine bemerkenswerte Formulierung gebraucht. Nachdem er das alles geschildert hatte, hat er nämlich gesagt, dies seien die sowjetischen Realitäten, obwohl es sich doch nur um sowjetische Ziele und in den meisten Fällen um offensichtliche sowjetische Maximalziele handelt. Hier kann ich nur wieder auf das zurückkommen, was ich gestern einleitend zu meinem Bericht gesagt habe. Hier wird der Versuch gemacht, die **sowjetischen Ziele** schon mit der **Realität** gleichzusetzen. Herr Präsident, ich halte es wirklich nicht für nützlich und für weiterführend, wenn dieses Spiel „Wer hat Angst vor dem bösen Wolf?" hier weitergespielt wird. Wir alle und unsere Regierungen kennen doch die sowjetischen Maximalziele. Niemand wird sie auf die leichte Schulter nehmen und leichtfertig sich darüber hinwegsetzen wollen. Aber es hat doch keinen Zweck, angesichts dieser Ziele zu lamentieren oder gebannt auf sie zu starren, sondern es kommt darauf an, in Auseinandersetzungen mit diesen Zielen zu vernünftigen Kompromissen im Interesse des Friedens und der Sicherheit in Europa zu kommen.

Herr Präsident, ich möchte mich bedanken für die Aufmerksamkeit, die mein Bericht gefunden hat. Ich muß sagen, daß diese Debatte auch mir sehr viel gegeben hat und daß sie zu den wertvollsten Debatten gehört, die ich hier in der Versammlung erleben konnte.

Kahn-Ackermann (SPD): Herr Präsident! Meine verehrten Kollegen! Wir stehen am Ende einer Debatte, in der auch dieses Haus erfolgreich, glaube ich, den Versuch gemacht hat, ein Stück einer neuen Politik zu diskutieren und sich Rechenschaft über die entstandene Lage zu geben. Dies ist insbesondere von seiten des Herrn Berichterstatters und vieler Sprecher geschehen, mit aller Reserviertheit gegenüber dem Stück Weg, das noch vor uns ist und das wir zu bewältigen haben.

Das Positive an dieser Debatte war, daß wir uns alle darüber klar geworden sind — das war erfreulicherweise auch das Ergebnis der gestrigen Beratung in dem Ausschuß, dem ich die Ehre habe vorzusitzen —, daß dieser Schritt getan werden muß und daß er nur in der **Solidarität des Bündnisses** vollzogen werden kann. Damit war selbstverständlich auch ein Stück Geschichte abzuhandeln, das den Bürgern meines Staates besonders schwer gefallen ist, obwohl es auch ein Stück Wegs in die Zukunft war. Denn es hat am Ende Erinnerungen daran wachgerufen, daß wir einen Krieg verloren haben und daß dadurch neue Wirklichkeiten in der Geschichte unseres Landes Platz gegriffen haben, nach denen im Zuge einer **Neuordnung** der Dinge auf dieser Welt auch die **politische Realität** eingerichtet werden mußte. Dies ist von allen Seiten — von der einen Seite recht schmerzlich, auf der anderen Seite mit etwas mehr Optimismus, weil wir diesen Weg gehen müssen — klar und deutlich beleuchtet worden.

Ich habe den Worten des Herrn Berichterstatters nur wenig hinzuzufügen. Dies war im großen und ganzen, rückschauend gesehen, eine wertvolle Debatte. Es war eine Debatte, die wir erstmals in einen neuen Abschnitt der Politik hinein vollzogen haben, den zu diskutieren zu den Aufgaben dieses Hauses gehört. Wie wir heute vernommen haben, wenn auch aus manchen widersprüchlichen Äußerungen, wird es uns weiter aufgegeben sein, diese Politik auch in den kommenden Jahren hier zu diskutieren und die weiteren, wahrscheinlich noch schwierigeren Stücke dieses Weges hier unter uns zu debattieren.

In diesem Sinne möchte ich allen, die einen Beitrag geliefert haben, noch einmal recht herzlich danken.

Sieglerschmidt (SPD): Herr Präsident, ich habe schon zu dem Antrag gesprochen. Ich kann nur noch einmal kurz wiederholen, daß dieser Antrag, wie er jetzt vorliegt, einstimmig beschlossen wurde und im wesentlichen eine Aktualisierung des Gedankengangs darstellt, wie er im Considérant Nr. 4 im Bericht steht. Der Antrag ist im Ausschuß und in einer kleinen Arbeitsgruppe noch einmal sorgfältig überlegt worden.

Ich möchte die Gelegenheit benutzen, der Kollegin Dame Joan Vickers dafür zu danken, daß sie ihren Antrag zurückgezogen hat, und möchte empfehlen, jetzt diesen Änderungsantrag anzunehmen, denn wenn er nicht angenommen würde, blieben wir bei einem völlig unaktuellen Text stehen.

Frau Klee (CDU/CSU): Wir sind Herrn Leynen sehr dankbar, daß er sich die große Mühe gemacht hat, einen ehrenvollen Kompromiß zu finden, dennoch möchte ich den Antrag stellen, daß wir über die einzelnen Absätze getrennt abstimmen.

Über das, was wir unter „Normalisierung" verstehen, habe ich vorhin Ausführungen gemacht. Außerdem ist der letzte Satz ein ziemliches Präjudiz für uns zu Hause. Ich bitte daher, daß wir über jeden Absatz besonders abstimmen.

Sieglerschmidt (SPD): Herr Präsident, mir ist hier eine deutsche Übersetzung, allerdings keine autorisierte Übersetzung des Änderungsantrags auf den Tisch gelegt worden. Ich habe festgestellt, daß sie in einem Punkt nicht zutreffend ist. Ich hätte aber gerne, daß meine deutschen Kollegen über etwas abstimmen, was stimmt, und nicht über etwas, was nicht richtig ist.

Ich darf mit Ihrer Erlaubnis nach dem französischen Text, wie ich ihn vor mir liegen habe, noch einmal die richtige deutsche Version verlesen:

> ... stellt fest, daß die Mitgliedstaaten durch ihre ebenso feste wie realistische Haltung in der deutschen Frage wesentlich dazu beigetragen haben, daß ein wichtiger Schritt der Normalisierung in den Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland dank verschiedener Verträge möglich geworden ist und daß diese Normalisierung eine wesentliche Voraussetzung für eine dauerhafte Entspannung in Europa darstellt.

Tagesordnungspunkt:

Die Anwendung von Gewalt

(Drucksache 588)

Berichterstatter: Abgeordneter Schloesing

Donnerstag, 7. Dezember 1972

Tagesordnungspunkt:

Haushalt und Ausgaben der Verwaltung

(Drucksachen 582 und 583)

Berichterstatter: Abgeordneter Dequae

Tagesordnungspunkt:

Haushalt der Organe der Westeuropäischen Union für das Haushaltsjahr 1972

(Drucksache 584)

Berichterstatter: Abgeordneter Scott-Hopkins

Tagesordnungspunkt:

Halbjahresbericht des Ausschusses für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten

(Drucksache 585)

Berichterstatter: Abgeordneter Péronnet

Frau Herklotz (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sind dem Berichterstatter, dem Kollegen Péronnet, ein besonderes Wort des Dankes schuldig. Ich glaube, dieses Dankeswort sollte über sonst übliche Dankesäußerungen hinausgehen.

Auf den ersten Blick mag es vielleicht nicht einsichtig sein, weshalb hier in der Versammlung der Westeuropäischen Union ein Bericht mit dem Thema **„Regionale Versammlungen und die Versammlung der Westeuropäischen Union"** vorgelegt wird. In dieser sehr präzisen und mit großer Akribie zusammengestellten Übersicht finden wir eine umfassende Darstellung der regionalen Aufgliederung in unseren Mitgliedsländern. Ein erster Blick schon fördert überraschende Fakten zutage. Während es zum Beispiel undenkbar ist, daß englische oder französische Regionen einen Staatsvertrag mit einem unserer Mitgliedsländer abschließen, gibt das Grundgesetz — die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland — den Ländern durchaus diese Möglichkeit, natürlich im Rahmen der verfassungsmäßigen Kompetenzen.

Dieser Vergleich zeigt schon, wie verschieden die regionalen Zuständigkeiten in unseren Mitgliedsländern verteilt sind. Aber die Rechtfertigung für die Vorlage der in dem Bericht mitgeteilten Tatsachen liegt meiner Meinung nach woanders. Unsere Versammlung hier beschloß am 1. Dezember 1971, die Entwicklung solcher regionaler Einrichtungen zu fördern, die in enger Verbindung mit der Bevölkerung stehen. Hier liegt der Ansatzpunkt für uns.

Die wenigen Kontakte mit den regionalen Organisationen, über die in dem Bericht einiges gesagt ist, zeigen das lebhafte Interesse dieser Einrichtungen an den gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen im Rahmen der WEU. Sollten wir, verehrte Kolleginnen und Kollegen, nicht alles tun, um für eine bessere **Publizität**, um für eine viel weiter verbreitete Kenntnis dieser Anstrengungen zu sorgen? Wer in unseren Mitgliedsländern weiß denn auch nur annähernd etwas Substantielles über den engen Zusammenschluß von sieben europäischen Staaten in unserer Organisation? Wer weiß etwas über die weit über den NATO-Rahmen hinausgehende Verpflichtung zur gegenseitigen Hilfeleistung im Verteidigungsfall?

Wie wichtig wäre es, die Bemühungen der WEU auf eine breite Basis in allen Schichten der Bevölkerung in unseren Mitgliedsländern zu stellen. In der Aufnahme der Verbindung zu den regionalen Organisationen im weitesten Sinn des Wortes sehe ich eine wichtige Möglichkeit der Popularisierung. Wenn es gelingen könnte, mit Hilfe dieser regionalen Instanzen Interesse und Verständnis für den Zusammenschluß der sieben Staaten zu wecken, würde das manchmal etwas akademische Odium verschwinden, mit dem unsere Verhandlungen oft behaftet sind.

Erfreulicherweise stellen wir in unseren Mitgliedsstaaten einen Trend zur Delegation von Entscheidungen auf die regionale Ebene fest. Dieser Trend kann nur begrüßt werden. Wir sollten allgemein vielleicht einmal dazu kommen, daß keine übergeordnete Stelle Entscheidungen treffen soll, die von der unteren Behörde schon wegen ihrer größeren Nähe zum Bürger getroffen werden können.

Gleichzeitig mit diesem Trend müßte von hier, von uns aus eine Bewegung einsetzen, die Sinn und Zweck unserer Organisation breitesten Schichten der Bevölkerung bis hinunter an die Basis verständlich macht. Hier sehe ich eine permanente Aufgabe für unseren Ausschuß für die Beziehungen mit den nationalen Parlamenten. Es besteht aller Anlaß, den Ausschuß zu ermutigen, auf dem Weg fortzufahren, den er mit der Vorlage dieses Informationsberichtes beschreitet. Dem Einfallsreichtum und der Erfindungsgabe bei der Verwirklichung dieses wichtigen Zieles der Popularisierung unserer Bemühungen sind dabei so leicht keine Grenzen gesetzt.

Lassen Sie mich abschließend darauf hinweisen, daß eine solche Popularisierung der WEU auch auf unsere Legitimation als Mitglieder dieser Versammlung nicht ohne Rückwirkungen bliebe. Ich verkenne nicht, daß wir hier und in der Beratenden Versammlung des Europarats in erster Linie eine empfehlende und kritisch beobachtende Funktion haben. Die Entscheidungen liegen beim Rat.

Aber, verehrte Kolleginnen und Kollegen, das Mandat, das wir von unseren nationalen Parlamenten für die Arbeit hier erhalten haben, weist uns als Vertreter unserer Völker aus, nicht als Abgesandte der Regierungen. Die Aufnahme der Verbindung gerade zu den regionalen Instanzen könnte auch diese wichtige Tatsache ins allgemeine Bewußtsein heben und sie verdeutlichen. Damit würde ein nicht unwichtiger Schritt getan in Richtung auf ein Europa, gegründet auf viele Schichten und auf breiter Grundlage.

Tagesordnungspunkt:

Eine eigenständige europäische Politik auf dem Gebiet der zivilen und militärischen Luftfahrt

(Drucksache 592)

Berichterstatter: Abgeordneter Valleix

Tagungsordnungspunkt:

Ansprache des englischen Luftfahrtministers, Michael Heseltine

Richter (SPD): Herr Minister, ich habe mit Freude gehört, daß Sie sich hier im Hause für die Straffung der Europäischen Weltraumorganisation ausgesprochen haben, ja, daß Sie unter Umständen sogar darüber hinausgehen würden und eine europäische Behörde zu schaffen gedenken.

Meine Frage zielt nun auf einen anderen Bereich. Sind Sie in der Lage, uns ein paar Anmerkungen zu erbringen, mit was für einer Konzeption hinsichtlich einer Beteiligung Europas am Post-Apollo-Programm Sie in die nächste europäische Raumfahrtkonferenz gehen werden?

Minister Heseltine antwortete, daß zwischen den interessierten europäischen Ländern Verhandlungen im Gange seien und in seinem Ministerium die Fragen noch geprüft würden, da die Vorbereitungen für die demnächst in Brüssel stattfindende Europäische Raumfahrtkonferenz noch nicht abgeschlossen seien.

Frau Dr. Walz (CDU/CSU): Herr Minister, Sie sprachen davon, daß Großbritannien zu einem stärkeren Engagement sowohl in der Raumfahrtpolitik wie in der Luftfahrtpolitik bereit wäre, vorausgesetzt es gäbe eine Einheitsorganisation mit einheitlichem Budget, also eine Verschmelzung von ESRO und ELDO unter weitgehendem Verzicht auf eigene nationale Raumfahrtaktivitäten. Welche konkreten Vorschläge würden Sie in ein solches stärkeres europäisches Engagement einbringen wollen?

Minister Heseltine wies mit Bezug auf die im Stadium der Vorbereitung befindlichen Verhandlungen darauf hin, daß es vor allem um die Schaffung einer gemeinsamen Organisation für ELDO und ESRO gehe. Hierbei müsse die Tendenz zur Aufblähung der Bürokratie vermieden werden; es komme in erster Linie auf die industriellen Kapazitäten und das Management an. Deshalb müsse für die künftige europäische Raumfahrtorganisation ein Rahmen entstehen, innerhalb dessen weitestgehende Freiheit des Managements mit der letztlich entscheidenden politischen Kontrolle vereinbar sei.

Draeger (CDU/CSU): Herr Minister, ich stimme mit Ihnen darin überein, daß die Zeit für nationale Alleingänge auf dem Gebiet der Luft- und Raumfahrt endgültig passé ist. Meine erste Frage lautet daher: Wie kann sichergestellt werden, daß im Rahmen einer übernationalen europäischen Zusammenarbeit schon zu einem sehr frühen Stadium, schon mit Beginn des Status nascendi, die Anforderungen, Leistungen und möglichen Bedarfszahlen eines Nachfolgemusters erfaßt werden? Ich selbst weiß aus einer leidvollen eigenen Erfahrung als Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages, daß sehr viele günstige Ansätze zerschlagen worden sind, weil es einfach nicht möglich war, den rechtzeitigen Beginn zu planen und zu konzertieren.

Sie befürchten, daß selbst bei einer vernünftigen europäischen Zusammenarbeit unter einem Generalauftragnehmer die eine oder andere Industrie als Unterauftragnehmer sozusagen draußen im Regen stehen könnte. Meine zweite Frage lautet daher: Sind Sie, um in einem härter werdenden Konkurrenzkampf als europäische Flugzeug- und Raumfahrtindustrie bestehen zu können, nicht der Meinung, daß es wünschenswert ist, zu einer Straffung und qualifizierteren europäischen Flugzeugindustrie zu kommen.

Minister Heseltine stimmte Abg. Draeger zu. Die von ihm geforderte Harmonisierung sei sicher wünschenswert. Aber häufig führe von zehn Gedanken nur einer zum Ziele; man komme nicht so schnell vorwärts, wie man wolle, aber gerade das sei die Herausforderung und die Faszination des Berufes, in dem wir uns selbst befinden würden. Es sei in der Tat richtig, daß eine Straffung der Flugzeugindustrie in Europa nötig wäre. Sie dürfe jedoch nicht zu einer bloßen Zulieferindustrie werden. Sie müsse ihre eigene technische Kapazität haben. Das Zusammenkommen der europäischen Völker auf dieser Linie halte er für so dringend, weil der tatsächliche Reichtum heute von der Behauptung in der Technologie abhänge.

Tagesordnungspunkt:

Eine eigenständige europäische Politik auf dem Gebiet der zivilen und militärischen Luftfahrt

(Fortsetzung der Aussprache)

Draeger (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich Herrn Valleix zu seinem hervorragenden Bericht beglückwünschen. Er hat die ihm gestellte Aufgabe in meisterlicher Weise gelöst. An dem speziellen Beispiel der **zivilen und der militärischen Luftfahrt** hat er aufgezeigt, welche politischen Aufgaben auf diesem Gebiete anstehen und welche Lösungen ihrer harren. Wer nach Beispielen einer möglichen Zusammenarbeit in Europa sucht, dem stellt sich dieser Bericht als eine wahre Fundgrube dar.

Lassen Sie mich einige Bemerkungen zu einem zentralen Thema, das auch über diesem Bericht steht, in aller Kürze machen. Flugzeuge und Flugkörper gehören zu den technisch hochwertigsten und empfindlichsten Erzeugnissen einer hochspezialisierten Industrie. Sie unterliegen weniger im Hinblick auf ihren Verschleiß als im Hinblick auf ihre Modernität einem relativ großen Wechsel. Das gilt für die zivile, gilt jedoch besonders für die militärische Fliegerei.

Die Anschaffungskosten für die **Nachfolgemuster** sind nicht selten mehrfach so hoch wie die Kosten für das abzulösende Gerät. Ich verweise dieserhalb auf die entsprechenden Stellen im Bericht. Diese Kostenexplosion stellt nicht wenige Länder vor fast unlösbare finanzielle Schwierigkeiten, das fliegende Gerät im notwendigen Umfang und zum richtigen Zeitpunkt zu erneuern. Von daher wird der Wunsch lauter und die Forderung dringender, durch gemeinsame Entwicklung, Produktion und Beschaffung unter den interessierten Ländern die Kosten beträchtlich zu senken, wobei natürlich unvermeidbarer Zeitverlust in Kauf zu nehmen ist.

In der gestrigen Diskussion über den Bericht Destremau haben schon mehrere Kollegen auf dieses Anliegen hingewiesen. Der französische Verteidigungsminister Michel Debré hat sich zum gleichen Thema geäußert und Beispiele gekonnter bilateraler und trilateraler **Zusammenarbeit** erwähnt. Auch der Kollege Valleix hat in seinem Bericht sehr interessante Angaben über die Zusammenarbeit bei einer Reihe von Projekten und Objekten aus dem Bereich der Flugzeuge und Flugkörper gemacht.

Meine Damen und Herren, bei flüchtiger Betrachtungsweise könnte manch einer zu dem vorschnellen Urteil kommen, daß dieserhalb schon alles in Ordnung ist. So begrüßenswert die an den Beispielen belegte Zusammenarbeit ist, trägt sie doch vielfach noch starke Züge des Zufälligen, des Sporadischen und steht zumeist auf zu schmaler Partnerbasis. Wer hier einen echten Durchbruch will, muß von vornherein alle anstehenden Projekte in einer multilateralen Zusammenarbeit der interessierten Partner zielbewußter anstreben. Das gilt besonders für jene Beschaffungsprojekte, deren Realisierung von großer politischer, militärischer und finanzieller Bedeutung ist.

Dabei bin ich mir der wachsenden Schwierigkeiten einer multilateralen Zusammenarbeit sehr wohl bewußt. Es ist eine Binsenweisheit, daß sich Beschaffungsvorhaben der genannten Art am einfachsten und schnellsten in eigener nationaler Zuständigkeit lösen lassen, daß dieser Lösung jedoch als entscheidender Mangel die nationale Enge anhaftet. Es wird solche Alleingänge geben, entweder weil sich kein weiterer Partner zur Zusammenarbeit in Europa finden läßt oder weil ihm das geplante Vorhaben zu starke nationale oder eigenstaatliche Merkmale aufweist. Sie sollten jedoch in dieser Domäne durchweg die Ausnahme bleiben.

Unser Europa, das sich vorerst in der Zusammenarbeit seiner Mitgliedsländer heute noch schwer tut, kann sich den Luxus nicht leisten, auf eine multilaterale Zusammenarbeit zu verzichten. Der heil-

same Zwang, bei der überproportionalen Kostensteigerung auf eine größere Kostenwirksamkeit hinzusteuern, sowie die starke einigende Kraft einer derartigen Zusammenarbeit sind auf diesem Wege wirksame Bundesgenossen. Die übernationale Zusammenarbeit ist daher als Regel- und Normalfall anzustreben.

Ich glaube nicht, daß Industrie und Wirtschaft das Ziel gemeinsamer Zusammenarbeit allein und fast automatisch verwirklichen können. Hier müssen, abgesehen von den Verpflichtungen der nationalen Regierungen, die Parlamentarier Motor und Mahner zugleich sein. Auch und gerade in dieser Versammlung gibt es Kollegen, die entsprechende Denkmodelle parat haben. Lassen Sie mich stichwortartig aufzählen, welche Grundelemente diese Denkmodelle gemeinsam haben müßten:

1. Die Anforderungen, Leistungen und Bedarfszahlen sind unter den interessierten Partnern aufeinander abzustimmen.
2. Schon in Projekt-, Entwurfs- und Konstruktionsbüros sind die Partnerländer entsprechend ihren besonderen Fähigkeiten und Erfahrungen in einem Teamwork zusammenzufassen.
3. Im Atrappen-, Versuchs- und Prototypenbau ist die gleiche Zusammenarbeit auf fertigungstechnischem Gebiet unerläßlich.
4. Die fortschreitenden Arbeiten sind nach Definitionsphasen an Hand der gewonnenen Erfahrungen auf gesichertem Boden schrittweise zu vollziehen.
5. Nach erfolgreicher Erprobung sind die Partnerstaaten entsprechend ihren Bedarfszahlen und ihrem industriellen Zuschnitt an der Produktion angemessen zu beteiligen.
6. Die Kostenersparnisse einer Reihen- und Serienfertigung verlangen, daß an die einzelnen Partnerländer analoge Baugruppen für die gesamte Bedarfszahl in Auftrag gegeben werden.
7. Es ist ein Generalauftragnehmer zu bestellen, der das industrielle Management zu besorgen hat und der die Verantwortung für die Funktionsfähigkeit, für die terminliche Abwicklung und für die finanziellen Bedingungen trägt.

Diese sieben Punkte erheben keinen unbedingten Anspruch auf Vollzähligkeit.

Herr Präsident, das war das letztemal, daß ich vor dem Plenum der Versammlung der Westeuropäischen Union gesprochen habe. Aus freiem Entschluß scheide ich nach mehrjähriger Zugehörigkeit und Mitarbeit aus diesem multinationalen Gremium aus. Meine Mitarbeit, die besonders auf dem Gebiet der Verteidigungspolitik lag, hat mir Freude und auch Befriedigung gebracht. Ich bin sicher, daß Sie als Präsident der WEU-Versammlung in den nächsten Jahren dieses Hohe Haus in seiner Arbeit mit glücklicher Hand führen. Ich wünsche den alten und den neuen Kollegen viel Erfolg bei ihrer politischen Arbeit zum Nutzen und Frommen unseres gemeinsamen Europa.

Tagesordnungspunkt:

Die Europäische Raumfahrtkonferenz und die Rolle Europas im Post-Apollo-Programm

(Drucksache 595)

Berichterstatter: Abgeordnete Frau Dr. Walz

Frau Dr. Walz (CDU/CSU), Berichterstatterin: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die für Juli 1972 projektierte **Raumfahrtkonferenz** hat noch nicht stattgefunden und wurde mehrfach verschoben. Die Prognosen stehen nicht günstig. Die Differenzen zwischen den Partnern sind tiefer und augenfälliger geworden und Kompromisse schwerer erreichbar. Die deutsche Regierung hat eine Schwenkung im Sinn: Abbruch des Projekts **Europa II** und Start von Symphonie durch einen amerikanischen Träger, wenn möglich, eventuelle Aufgabe von **Europa III** unter Beibehaltung einer Kernmannschaft zur Erarbeitung neuer Antriebstechniken, Beteiligung am **Post-Apollo-Programm** mit dem „sortie module" oder mehreren „sortie module", Bau von Anwendungssatelliten. Kompromißlösungen zu den französischen Vorschlägen werden vorgeschlagen, wobei aber ohne Zweifel die Beteiligung am Post-Apollo-Programm den Vorrang hat. Die deutsche Regierung hat ebenfalls gewichtige wirtschaftliche und technologische Gründe. Ob auch die politischen Konsequenzen, die für die Franzosen entscheidend sind, genügend bedacht sind, daß muß allerdings die Zukunft erweisen.

In einer Welt, die auf Entspannungskurs liegt, und in der gerade aus diesem Grunde die deutsche Ostpolitik eine so einhellige Billigung im befreundeten und nicht befreundeten Ausland findet, ist es schwierig, dem Steuerzahler mehr Geld für Raumfahrt zuzumuten, wenn man einräumen muß, daß politische und militärische Gesichtspunkte die entscheidenden sind, wenn man Europa III baut. Aber wer will schon heute — außer vielleicht den Franzosen — die Konsequenzen daraus ziehen, wenn die gesellschaftspolitischen und gesellschaftsreformerischen Anforderungen an den Steuerkuchen immer höher werden! Der Zug einer eigenen europäischen Trägerrakete in Form von Europa III scheint mir deshalb abgefahren zu sein, ohne daß sich alle Beteiligten über die politischen Konsequenzen klar wären.

Welche Positionen stehen sich gegenüber? Ich möchte dies an der **amerikanischen,** der **französischen** und der **deutschen Position** kurz erläutern, während ich die übrigen dem Bericht zu entnehmen bitte, wobei die **britische Position** ihrer besonderen Komponente wegen auch noch erörtert werden soll.

Die Grundlage der gesamten Erörterungen bildet das amerikanische Angebot von seiten der NASA, die Europäer möchten sich am PAP mit einem wesentlichen finanziellen und technologischen Angebot beteiligen. Gedacht war ursprünglich an kritische Elemente des Shuttle (Raumfähre) und den selbständigen Bau des Space Tug (Raumschlepper). Europa zögerte und zögerte, das amerikanische An-

gebot schrumpfte und schrumpfte, besonders nachdem das NASA-Budget wieder gesichert und Europa II von Fehlschlägen heimgesucht war. Militärische Eigeninteressen kamen dazu, obwohl man von diesen weniger spricht.

Heute beinhaltet das Angebot lediglich vier unkritische Pakete am Shuttle. Der Space Tug ist entfallen, angeboten wird das technologisch zwar interessante, aber wegen mangelnder Erfahrung in Europa mit bemannter Raumfahrt sicher teurer als 250 Millionen Dollar werdende Sortie Module. Es liegt allerdings noch keineswegs eine verbindliche Zusage der USA vor, daß ein in Europa gebautes Sortie Module auch tatsächlich im amerikanischen Space Shuttle verwendet wird. Es sind deshalb Parallelentwicklungen in Amerika keineswegs ausgeschlossen. Wichtiger aber ist noch, daß von amerikanischer Seite keineswegs an einen Know-how-Fluß vom gesamten Projekt nach Europa gedacht ist, wovon die Europäer träumten, aber, wie man zugeben muß, völlig illusionär träumten.

Die Amerikaner wissen zu genau, daß positive Handelsbilanzen der führenden Industrienationen am Technologieexport hängen, während die Entwicklungsländer konventionelle Techniken und Konsumgüter produzieren werden. Warum sollten sich die USA also eines Wettbewerbsvorteils begeben, der den amerikanischen Steuerzahler Milliarden Dollar gekostet hat? Wenn Europa hier überhaupt noch mitreden will und sich jedenfalls eine gewisse, wenn auch sehr kleine Unabhängigkeit sichern will, muß es schleunigst seine gesamten Luft- und Raumfahrtvorhaben in einem gemeinsamen vollständigen und langfristigen Programm koordinieren, so ähnlich wie das Minister Heseltine heute morgen auch vorgeschlagen hat.

Die französische Haltung hat sich nicht geändert, weil für Frankreich schon immer politische und militärische Gesichtspunkte beim Bau von Europa II und III entscheidend waren. Frankreich sieht die Folgen einer Aufgabe dieser Projekte klarer als andere Nationen, die Folgen auch gerade für die Stellung Europas in der Welt. Aber die Partner sind müde geworden. Wird es Frankreich finanziell möglich sein, die Entwicklung allein fortzusetzen, auch wenn dies zunächst geäußert wurde? Müssen nicht doch Kompromisse auch mit der Bundesrepublik Deutschland gesucht werden, so ärgerlich das sein mag, weil man ja selbst an der einmal gemeinsamen Konzeption festhält? Es gibt bei uns ein Sprichwort — und sicherlich auch in den anderen Sprachen —: Der Spatz in der Hand ist besser als die Taube auf dem Dach.

Die deutsche Bundesregierung hat sich für einen neuen Kurs in der Raumfahrt entschlossen, wobei die wirtschaftspolitischen und technologie-politischen Gründe das Schwergewicht haben. Man ist mit Optimismus entschlossen, die Zusage der Amerikaner im Johnson-Brief und in der Nixon-Erklärung positiv auszulegen und sich durch Rückschläge etwa im Aerosat-Abkommen, die nunmehr ja bereinigt wurden, oder bei dem Start des wissenschaftlichen Satelliten TD—1a von Vandenberg aus nicht mehr als nötig beeindrucken zu lassen. Man glaubt, mit dem Sortie Module oder mit dem Sortie Lab auf einem der technisch wichtigsten Gebiete Partner der Amerikaner zu werden, und dies bei erschwinglichen Kosten — etwa 250 bis 400 Millionen Rechnungseinheiten —, wobei man sich bei noch höheren Kosten nach der Definitionsphase ein Rücktrittsrecht vorbehalten hat.

Die Bundesregierung ist der Ansicht, daß höchstens bei einem Drittel aller in absehbarer Zeit in Europa zu startenden Satellitenmissionen die amerikanische Bereitschaft zur Lieferung von Trägern fraglich wäre. Kritisch könnten zwischen 1980 und 1990 nach deutscher Auffassung allenfalls fünf, nach französischer Auffassung allenfalls zwölf operationelle Starts sein. Für diese müßte aber auch Europa III auf eine größere Nutzlast mit Kosten von mehr als 1,5 Milliarden Rechnungseinheiten ausgelegt werden, so daß finanziell Anwendungssatelliten kaum noch möglich wären.

Allerdings schließt auch die Bundesregierung nicht jedes Risiko aus. Deshalb sollen die europäischen Staaten durch ein **Trägertechnologieprogramm** gewisse Kapazitäten aufrechterhalten und insbesondere kritische Antriebskomponenten weiter verfolgen, damit später notfalls mit fortgeschritteneren technologischen Kenntnissen doch noch ein Träger gebaut werden könnte, wenn die Amerikaner nicht liefern.

Die **ELDO** und die **ESRO** sind zu einer einzigen Behörde zu **verschmelzen,** was wir als Parlamentarier ja lange gefordert haben. Ein europäisches Weltraumkonzept ist ins einzelne durch Gegenüberstellung und Interpretation nationaler Vorhaben zu entwickeln, wozu ja auch gerade die britischen Vorschläge vorliegen, die ich allerdings gern noch etwas konkreter gehört hätte.

Großbritannien ist gegen eine eigene Trägerrakete und steht auch der Beteiligung am PAP skeptisch gegenüber. Es wäre bereit, wie wir auch heute wieder hörten, sich stärker in der europäischen Weltraumpolitik zu engagieren, wenn eine europäische NASA mit einheitlichem Budget unter weitgehendem Verzicht auf nationale Weltraumaktivitäten geschaffen würde.

Wenn man das Fazit dieser vier Positionen zieht, hat sicherlich jede Nation gute Gründe für ihre eigene Stellungnahme. Wenn man Entspannung konsequent praktiziert und sich als Europäer durch die steigenden Militärausgaben und Raumfahrtanstrengungen der anderen Seite nicht beeindrucken läßt, wie soll dann der Bürger als Steuerzahler einsehen, daß er für Europa III 1,5 Milliarden Rechnungseinheiten aufbringen soll, für einen Träger, dessen Oberstufe für den Tug nicht mehr verwendbar ist, der unwirtschaftlich ist, weil er keinen Markt hat, und der nur noch für einen geringen Prozentsatz von kritischen Missionen notwendig ist?

Europa III muß in erster Linie politisch-militärisch gewollt werden, sonst hat sie keine Chance. Es wird schwer halten, bei dieser Verschiedenheit der Ziele einen **tragbaren Kompromiß** zu finden. Aber er muß gefunden werden, wenn nicht buchstäblich Milliarden zum Fenster hinausgeworfen sein und wenn

nicht die europäischen Raumfahrtanstrengungen ein sehr ruhmloses Ende finden sollen.

Einig ist man sich jetzt jedenfalls über die Verschmelzung von ELDO und ESRO zu einer einzigen Raumfahrtbehörde, wie wir das ja lange gefordert haben. Wenn diese allerdings kein allgemeines kohärentes und langfristiges Programm mit ausreichendem Budget erhält, wobei die britischen Vorschläge eben konkretisiert werden sollten, ist diese Lösung auch nur eine Scheinlösung. Wenn es jedoch, wie die Briten anregen, zu einer Europäisierung von Raumfahrt- und Luftfahrtindustrie unter Einbringung nationaler Projekte kommen sollte, dann könnte diese Integration zu einer europäischen NASA einer der Grundpfeiler einer künftigen europäischen Industriepolitik werden.

Die endgültige Entscheidung über Europa III wird bis zum August 1973 ausgesetzt, die Definitionsphase weitergeführt, und dabei werden auch die Variationen der Nutzlast und der damit verbundenen Kosten untersucht. Gleichzeitig müßte der Inhalt des Technologieträgerprogramms gemeinsam definiert werden, das heißt, die Aufgaben für die Kernmannschaft, die später notfalls einen eigenen Träger konstruieren muß, müßten gemeinsam beschlossen werden.

Die europäische Entwicklung des Sortie Module wird im Grundsatz beschlossen und ESRO übertragen. Die Bundesrepublik Deutschland übernimmt finanziell die Hauptlast dieses Projekts; es steht aber allen ESC-Staaten zur Mitarbeit offen. Nach einer Definitionsphase und genauen Kostenanalyse kann jeder Partner zurücktreten, wenn ihm die Kosten zu hoch erscheinen.

Es werden schließlich Verhandlungen geführt, daß Kourou seiner besonders günstigen Lage wegen auch von Amerika als Startplatz benutzt wird. Falls Europa III endgültig begraben werden sollte, könnten Frankreich und Deutschland zu einer Arbeitsteilung in der Richtung kommen, daß Frankreich einen kleineren Träger mit deutscher Beteiligung unter Heranziehung der Kernmannschaft baut, während das Sortie Module hauptsächlich von der Bundesrepublik Deutschland getragen würde.

Es sieht so aus, meine Damen und Herren, daß etwa diese **Kompromisse** gefunden werden müßten, wenn es überhaupt noch eine europäische Raumfahrt geben soll. Europa versteht sich mit solchen Entscheidungen in erster Linie als Wirtschaftsnation, nicht als politischer Block neben zwei Supermächten. Die Supermächte behalten ihre Vormachtstellung und bauen sie weiter aus: politisch, militärisch, wirtschaftlich. Europa wird weiter zum wirtschaftlichen Riesen und bleibt weiter der politische Zwerg.

Wir leben in Europa unter dem Motto: Wohlstand ist nicht alles, aber ohne Wohlstand ist alles nichts. Welche Folgen diese europäische Haltung im Gleichgewicht der Kräfte haben wird, ist noch nicht abzusehen. Nur bei einer ausgewogenen und gleichwertigen Rüstungsverminderung der Supermächte wäre — ich benutze den Konjunktiv: wäre — die Prognose günstig.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des Staatssekretärs im belgischen Ministerium für Wissenschaft und Planung, Théo Lefèvre

Richter (SPD): Herr Minister, ich möchte Sie fragen, ob Sie Ihre ehrliche Meinung über die Pressemitteilung des US-Präsidenten Nixon vom 9. Oktober darstellen könnten, in der der amerikanische Präsident von der Möglichkeit des Startens von Nutz- und Forschungssatelliten durch US-Raketen gesprochen hat. Wären Sie in der Lage, uns zu sagen, daß diese Erklärung über das hinausgeht oder weit hinausgeht, was wir bisher aus der Erklärung des US-Staatssekretärs Johnson vom 1. September des vorigen Jahres kennen?

Staatssekretär Lefèvre verneinte. Er erklärte, daß für Europa eine Abhängigkeit vom guten Willen auch einer ihm wohlwollend gesinnten Großmacht gefährlich sei. Welche Erklärungen auch immer abgegeben worden seien, Europa müsse davon den größtmöglichen Gebrauch machen, ohne dabei den Bau eigener Trägerraketen zu vernachlässigen, um unsere Autonomie und eine Trumpfkarte in der Hand zu haben.

Der Präsident der Versammlung dankte **Professor Dr. Carlo Schmid,** *der der WEU-Versammlung seit ihrer Gründung angehörte und von 1963 bis 1966 ihr Präsident war. Er würdigte ihn als einen großen Europäer, der sich mit Hingabe und Klugheit um die europäische Sache große Verdienste erworben habe.*

Dr. Schmid (Frankfurt) (SPD): Herr Präsident! Ihre Worte haben mich tief bewegt. Sie haben mich ins Herz getroffen, denn Sie haben zu mir in einer Weise gesprochen, die nur dann gerechtfertigt ist, wenn der so Angesprochene weiß, daß die Bescheidenheit ihn veranlassen müßte, gegen diese Worte zu protestieren.

Ich habe versucht, meinen Dienst zu tun, so gut ich es konnte. Von Kindheit an war für mich Europa die Aufgabe, die ich mir gestellt habe. Sie wissen, daß ich in zwei Ländern lebe, in Frankreich, dem Land, in dem ich geboren bin, in Deutschland, dem Lande meines Vaters. Damit war ich, wenn mein Leben einen Sinn haben sollte, geradezu dazu verurteilt, Wege aufzusuchen und zu finden, die endlich, endlich Schluß machen mit den Tragödien, die unseren Kontinent erschüttert haben, weil diese beiden Nationen, die Franzosen und die Deutschen, Grund zu haben glaubten, sich zu zerstreiten.

Ich verlasse das parlamentarische Leben aus freien Stücken, weil ich der Meinung bin, daß jemand, der sich im achten Lebensjahrzehnt befindet, in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts, das Recht hat, über sein Leben nachzudenken, darüber nachzudenken, was er getan hat, darüber nachzudenken, was die Menschen in jener Zeit getan haben, mit denen zusammen er wirken wollte und gewirkt hat, daß er ein Recht hat, niederzuschreiben, was er ge-

sehen hat, nicht um sich damit zu illustrieren, sondern um denen, die folgen werden, denn die Geschichte hört nicht auf, zu zeigen, was in diesen letzten fünfzig Jahren an Schlechtem und an Gutem auf dem Wege getan worden ist, den die Menschen in die Zukunft hinein gehen.

Aber damit trete ich nicht aus der Politik aus, nicht aus dem politischen Leben. Wer sich der Aufgabe Europa verschworen hat, für den gibt es kein Außerdiensttreten, für den gibt es bestenfalls ein „à-la-suite"-Treten der Generalstäbe, die für diese Aufgabe tätig sind. Trotzdem, Herr Präsident, wenn man so lange einer so ehrenwerten Versammlung angehört hat, wie diese es ist, wenn man die Ehre gehabt hat, ihr Präsident zu sein, wenn man weiter die hohe Ehre gehabt hat, nach einem Mann wie Mario Moutet der Doyen d'Age dieser Vereinigung zu sein und mehrere Male als Doyen d'Age die Sitzungen zu eröffnen, dann befällt einen Wehmut. Aber auch hier gilt: partir c'est toujours mourir un peu. Freilich, dieser Tod ist nicht ein Tod, der ein Ende setzt, es ist gewissermaßen eine Metempsychose, in die man eintritt, man tritt auf einen anderen Plan, um auf diesem anderen Plan das, womit man angefangen hat, zu vollenden. Das ist es, was ich zu tun mich bemühen werde.

Ich bin besonders dankbar dafür, daß unter den vielen Erfahrungen, die ich sammeln konnte, Erfahrungen sind, die ich in dieser Assemblée habe finden können. Ich habe gesehen, daß es möglich ist, in heiklen Situationen, dort, wo die Interessen großer Staaten aufeinanderstoßen, wo kleine Staaten mit den großen Staaten um das Richtige ringen, im gegenseitigen Vertrauen zu leben, zu glauben, daß der andere, was er sagt, im guten, treuen sagt, und erwarten zu dürfen, daß man selbst geglaubt wird in dem, was man sagt. Das habe ich in nicht vielen parlamentarischen Vereinigungen angetroffen, aber hier in dieser habe ich das angetroffen. Und weil hier immer nur ein Geist der Lauterkeit geherrscht hat, ist es möglich gewesen, Dinge einzuleiten, die viele für unmöglich gehalten hatten. Hier in dieser Assemblée ist der Anfang dafür gelegt worden, daß große Nationen, die bisher außerhalb der europäischen Zusammenschlüsse intensiverer Art geblieben sind, zusammen nach Europa gehen wollten. Daß die Briten den Weg in die EWG gefunden haben, dafür ist, wie ich glaube, der Anstoß hier gegeben worden, daß sie erkannt haben, daß wir Europäer, wir Kontinentalen, nicht Foreigners sind, die man nicht weiter ernst zu nehmen braucht, sondern daß wir von den gleichen Motiven bewegt werden wie sie, daß wir mit dem gleichen Kompaß in der Hand steuern und daß die gleichen Leuchttürme unseren Weg geleiten. Darauf können wir stolz sein, Herr Präsident, und ich bin sehr stolz darauf, daß dafür hier der Anfang gesetzt worden ist.

Für uns Deutsche war diese Assemblée der Ort, an dem wir den Menschen zeigen konnten, und zwar in einer Weise, die man uns geglaubt hat, was das deutsche Volk heute fühlt und was es denkt und daß es allen Nationalismen der Vergangenheit abgeschworen hat, ohne dafür den Glauben an das eigene Vaterland zu verlieren. Das ist eine gute Sache gewesen, denn das hat die Atmosphäre bereinigt, seitdem man das weiß, und man weiß es auch wegen unseres Wirkens hier wie nach den Verträgen von Moskau und Warschau. Ich glaube, das hat für die Zukunft dieses Kontinents Europa einige neue Hoffnungen ermöglicht. Die Menschen können auf die Dauer nicht leben, ohne eine Hoffnung zu haben, an deren Realisierbarkeit sie glauben. Ich glaube, auch darauf können wir stolz sein in dieser Versammlung.

Es ist mein letzter Tag, Herr Präsident, Sie haben es gesagt. Für mich ist es ein wehmütiger Tag und auch ein Tag des Stolzes. Ich gehe von hier weg, um das gleiche zu tun, was ich hier getan habe, anderswo, mit anderen Mitteln, mit anderen Gefährten, aber in gleicher Weise, und mein letztes Wort soll sein: Gott behüte den Weg, auf dem wir nach Europa gehen wollen, und Gott erhalte uns den Frieden! — Ich danke Ihnen!

Tagesordnungspunkt:

Die Europäische Raumfahrtkonferenz und die Rolle Europas im Post-Apollo-Programm

(Fortsetzung der Aussprache)

Dr. Hermesdorf (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst der Berichterstatterin, Frau Walz, für ihren ausgezeichneten Bericht danken, der alle wichtigen Aspekte der komplexen Probleme der europäischen Raumfahrt in vorzüglicher Weise berücksichtigt. Er ist wohlabgewogen und überzeugend in seinen Schlußfolgerungen und stellt eine hervorragende Grundlage für die weitere Diskussion dar. Wir alle sind darüber hinaus sehr glücklich, das ausführliche und ausgezeichnete Referat des Herrn Ministers Lefèvre als weitere Basis unserer Debatte heute zur Verfügung zu haben.

Ich möchte in Kürze zu einigen Teilproblemen Stellung nehmen und mit der wichtigsten Sachfrage beginnen, ob das Projekt **Europarakete** weiter verfolgt werden soll oder ob Europa auf eine **eigene Trägerentwicklung** verzichtet und sich in letzter Minute noch entschließt, sich an dem **Post-Apollo-Programm** der USA zu beteiligen, und zwar in dem jetzt von den Amerikanern uns nur noch gewährten relativ bescheidenen Rahmen, das heißt, an der Entwicklung des wissenschaftlich und technologisch interessanten und wichtigen, wenn auch wirtschaftlich für uns nicht sehr bedeutsamen Sortie Lab.

Ich möchte auch zu der Frage Stellung nehmen, ob hier eine absolute Alternative vorliegt oder ob noch eine andere Lösung denkbar ist.

Man muß sehen, daß sich die Lage für die europäische Trägerentwicklung verschlechtert hat, seitdem England und Italien aus dem Projekt Europarakete bereits ausgeschieden sind und die Regierung der Bundesrepublik Deutschland beschlossen hat, sich an der Weiterentwicklung von Europa II nicht mehr zu beteiligen, und zugleich bezüglich der

Konstruktion von Europa III starke Bedenken geäußert hat, wenn auch noch kein negativer Beschluß hierzu bisher gefaßt worden ist. Insofern weiche ich in der Beurteilung der deutschen Haltung etwas von der Berichterstatterin ab. Schließlich haben die Fehlschläge der bisherigen Entwicklungsarbeit, die hauptsächlich durch ein nicht ausreichendes Management verursacht worden sind, negative Auswirkungen in der öffentlichen Meinung der beteiligten Länder gezeitigt. Rechtfertigen aber die vorgebrachten Argumente, nachdem so viel investiert worden ist, wirklich, die Entwicklung eigener europäischer Trägersysteme aufzugeben? Ich glaube nicht.

Die technologische Entwicklung europäischer Trägerraketen, die für den Start von Satelliten oder Raumsonden geeignet sind, ist über den engeren Rahmen der Raumverwendung hinaus von großer Bedeutung für weite Bereiche der Wissenschaft, Technik und Wirtschaft unseres Kontinents, wie sich in exemplarischer Weise in den Vereinigten Staaten gezeigt hat. Soll zudem unsere technologische Entwicklung auf dem Gebiet der Raumfahrt nicht noch weiter zurückfallen, so ist die Fortführung der Arbeit unerläßlich. Die Entwicklung der Raumfahrt wird sich mit Sicherheit immer mehr auf die wirtschaftliche Anwendung verlagern, und diese kommerzielle Komponente schließt die Abhängigkeit von Konkurrenten aus und setzt damit für die Zusammenarbeit gewisse Schranken.

Es ist zumindest sehr fraglich, ob die Vereinigten Staaten ihre Trägerraketen Europa zur Verfügung stellen werden, wenn es darum geht, mit ihrer Hilfe wirtschaftlich mit den USA konkurrierende Satellitensysteme in Position zu bringen. Soll Europa in Zukunft die Möglichkeit haben, den Weltraum unabhängig von anderen Partnern zu nutzen, so kann es auf eigene Trägerraketen nicht verzichten. Die wissenschaftlichen und technologischen Probleme ihrer Entwicklung und Produktion sind zudem von der europäischen Forschung und Industrie durchaus zu bewältigen, so wie auch die Konstruktion europäischer Satelliten erfolgreich verlaufen ist. Selbst Liefergarantien anderer, nichteuropäischer Mächte für Trägerraketen können keine ausreichende Sicherung unabhängiger Nutzung darstellen, da diese Liefergarantien zu sehr von politischen und technischen Lageveränderungen beeinflußt werden können.

Der Einwand, daß die Kosten für die Fortführung des Europaraketenprojektes hoch sein werden, besonders hoch für eine Rakete, die von bescheidener Größenordnung und Nutzlastkapazität ist und die bei Fertigstellung bereits veraltet sein wird, ist sicherlich ernst zu nehmen und zu bedenken, ebenso der Hinweis auf die Schwierigkeit, Europa III und das Sortie Lab gleichzeitig zu finanzieren. Doch sind diese Argumente für einen Abbruch der europäischen Trägerentwicklung, d. h. der Abbruch der Entwicklung von Europa III, meiner Meinung nach nicht durchschlagend angesichts der Vorteile, welche eine gewisse Unabhängigkeit Europas auf dem Gebiet der Trägerrakete uns bringen wird.

Mir scheint, daß die europäische Trägerentwicklung und die sehr wünschenswerte und wichtige Mitarbeit am amerikanischen Programm keine sich unbedingt gegenseitig ausschließenden Alternativen darstellen. Vielleicht läßt sich durch eine geringe Verschiebung der Entwicklungstermine für das Sortie Lab die Finanzierung beider Projekte nacheinander im Rahmen eines europäischen Raumfahrtprogramms möglich machen. Hierzu müßte natürlich die Einstufung der Raumfahrt in dem Prioritätenkatalog und ihre Dotierung in der mittelfristigen Finanzplanung der beteiligten europäischen Staaten noch einmal überdacht werden. Daß eine Entscheidung hierüber angesichts des auch von anderen neuen Technologien mit Recht erhobenen Anspruchs auf ausreichende Finanzmittel nicht leicht sein wird, liegt auf der Hand. Es wäre aber kurzsichtig und falsch, bei diesen Überlegungen die Trägerraketen isoliert und gewissermaßen als Selbstzweck anzusehen und die finanzielle Ausstattung dementsprechend vorzunehmen. Die Wirtschaftlichkeit ihrer Entwicklung kann vielmehr nur im Rahmen der kommerziellen Folgewirkungen und der Ergebnisse der mit ihrer Hilfe in die Umlaufbahn gebrachten Satelliten gesehen werden.

Die europäische Raumfahrt gleicht zur Zeit einem Schiff, das unter einem ungünstigen Stern führungs- und richtungslos dahintreibt und zu stranden droht. Es ist höchste Zeit, daß unser wissenschaftlich und technisch hochentwickelter Kontinent auch auf dem Gebiet der Raumfahrt die Zeichen der Zeit erkennt und sich zum Handeln aufrafft. Geschieht dies nicht in kürzester Frist, so werden die beiden Supermächte wohl auf unabsehbare Zeit eine uneingeschränkte Monopolstellung auf dem Gebiete der Raumfahrt behalten, und die Europäer werden wirtschaftliche Chancen der Zukunft verspielen, deren Größenordnung angesichts der mit Sicherheit sich ausweitenden Anwendungmöglichkeiten sehr hoch angesetzt werden muß.

Unsere Versammlung weist, wie in früheren Jahren bereits des öfteren geschehen, auch jetzt in dem vorzüglichen Bericht und in der Empfehlung ihres Ausschusses deutlich den Weg, den es zu gehen gilt. Wir wollen hoffen, daß unsere europäischen Regierungen, die sich bislang nicht auf einen gemeinsamen Kurs einigen konnten, unserem Appell folgen und sich bald zu tatkräftiger Kooperation zusammenfinden. Die Misere der europäischen Raumfahrt wird nur zu überwinden sein, und die Chance für eine erfolgreiche Zukunft der europäischen Raumfahrt wird — gewissermaßen in letzter Stunde — nur noch gewahrt werden können, wenn Europa sich eine einheitliche Raumfahrtorganisation schafft und diese ein den finanziellen und wirtschaftlichen Möglichkeiten unseres Kotinents entsprechendes Raumfahrtprogramm erarbeitet und zur Durchführung bringt.

Draeger (CDU/CSU): Herr Präsident! Der stellvertretende Vorsitzende, unser Kollege Dr. Rinderspacher, ist leider verhindert, zu dieser Stunde seinen Diskussionsbeitrag zu leisten. Er hat mich daher gebeten, an Hand seines Konzeptes diesen Beitrag stellvertretend für ihn hier vorzutragen. Ich bitte dazu um Ihre Genehmigung. Ich werde mich genau an seinen formulierten Text halten.

Bei der Eröffnung dieser Sitzungswoche wiesen Sie darauf hin, daß die Verhandlungen zwischen den Sowjets und den Amerikanern und zwischen den ost- und westeuropäischen Ländern nicht zu einem Vertrag führen dürfen, der nur als ein technisches Jalta bezeichnet werden kann. Diese Möglichkeit ist aber durchaus gegeben, weil die beiden Großmächte ihre Monopolstellung bei gewissen Technologien behalten wollen. Das ist eine ganz große Gefahr, die auch weitreichende politische Konsequenzen haben kann. Technologische Entwicklungen können nicht nur die Verwirklichung der europäischen Einheit fördern, sie können sie auch hemmen und im Widerspruch zu den Einigungsbemühungen stehen. In der Empfehlung der Frau Kollegin Walz kommt das ganz deutlich zum Ausdruck.

Die Haltung der Regierungen unserer Länder ist bis zur Stunde zwiespältig, wie auch General Aubinière sagte. Das Wichtigste, worauf alle unsere Bemühungen zielen müßten, ist die **Schaffung einer einheitlichen europäischen Raumfahrtorganisation.** Bis heute konnten sich die Regierungen nicht auf einen definitiven Standpunkt einigen. Im Augenblick ist es noch nicht zu spät für eine wirklich europäische Lösung, wie Frau Walz in den Erwägungen ihrer Empfehlung festgestellt hat.

Aber die Möglichkeiten werden immer geringer. Wir wissen jetzt schon, daß die Europäer bei dem Shuttle-Projekt nicht mitarbeiten können; einerseits weil die Amerikaner aus kommerziellen und militärischen Gründen dieses Projekt selber in Angriff nehmen wollen, andererseits weil eine kohärente und gut abgestimmte europäische Raumfahrtpolitik noch immer nicht akzeptiert wird. Schon oft haben die Ministerstellvertreter über die sich in diesem Zusammenhang stellenden Fragen beraten. Aber ein Beschluß über die Beteiligung am amerikanischen Post-Apollo-Programm ist noch nicht gefaßt worden.

Jetzt hat die amerikanische Regierung wissen lassen, daß eine **Beteiligung** an dem Sortie Module im **Post-Apollo-Programm** noch möglich ist, daß aber die Chancen immer geringer werden. Der von den USA gesetzte Termin des 31. Oktober 1972 war nach Meinung vieler Europäer nicht definitiv. Aber ich bin sicher, daß eine Entscheidung in der ersten Dezemberhälfte nicht mehr angenommen würde. Man irrt sich, wenn man diesen Termin nicht ernst nimmt.

Ich glaube auch, Frau Walz hat recht, wenn sie meint, daß in einem Aktionsprogramm die Termine festgelegt werden sollten und daß auf jeden Fall der Termin des 1. Januar 1974 eingehalten werden müsse, wie auf der Gipfelkonferenz am 21. Oktober 1972 in Paris definitiv entschieden wurde. Wenn man nun keine einheitliche Organisation schafft und über die Weiterführung der Arbeit an der Rakete Europa III und über die Beteiligung am amerikanischen Post-Apollo-Programm nichts beschlossen wird, werden die Chancen für eine einheitliche und zielbewußt gesteuerte europäische Raumfahrt endgültig verpaßt. Eine einheitliche Weltraumbehörde — ähnlich der NASA — muß daher hier im Hause angestrebt werden. Diese berechtigte Forderung ist schon sehr oft erhoben worden.

Das Wichtigste bleibt aber doch die Entwicklung eines kohärenten und **von allen Mitgliedstaaten gemeinsam getragenen Raumfahrtprogramms.** Ich stimme mit Frau Walz überein, wenn sie in der Schlußfolgerung meint, daß auch das ESRO-Programm auf lange Sicht, etwa bis in die 80er Jahre, gefährdet ist, wenn jetzt keine überzeugende Raumfahrtplanung festgelegt werden kann. Es ist ganz klar, daß die Amerikaner alles versuchen werden, um dann, wenn sie das Post-Apollo-Programm zu Ende gebracht haben, sowohl auf wirtschaftlichem als auch technologischem Gebiet den größtmöglichen Nutzen daraus zu ziehen. Ich bedaure sehr, daß Italien und das Vereinte Königreich nicht bereit sind, den Vorschlag zur Bildung einer Weltraumbehörde in Europa zu akzeptieren und auch die nötigen Mittel dafür bereitzustellen. Ich glaube, Herr Präsident Peel hatte recht, wenn er auf die Gefahr eines technologischen Jalta hingewiesen hat, und ich hoffe, daß die Regierungen nicht nur die Gefahr erkennen, sondern auch entsprechend handeln.

Ich bitte daher, die Empfehlung, die uns heute vorliegt, anzunehmen. Den Rat bitte ich eindringlich, dieser Empfehlung das Gewicht beizulegen, das sie verdient, und bei den Regierungen auf die Verwirklichung der Empfehlung hinzuwirken.

Zum Schluß, Herr Präsident, will ich noch einmal darauf hinweisen, daß Europa nur die Möglichkeit hat, als geschlossener Block auf dem Gebiet aufzutreten, wenn es bei dem Sortie-module-Projekt mitwirken will. Es ist richtig, wenn Frau Walz meint, daß technologisch das Sortie-module-Projekt nicht so interessant ist, weil es keinen Antrieb hat. Aber man darf nicht vergessen, daß das Sortie module über eine große Nutzlastkabine für bemannte Raumflüge verfügt. Lassen Sie mich nur einige wenige technische Daten dazu nennen, die in diesem Zusammenhang von Interesse sind. Nach der vorläufigen noch sehr vagen Definition soll das Sortie module aus einem etwa 8 m langen Zylinder mit einem Durchmesser von 4,5 Metern, einem Leergewicht von 5 Tonnen und einem nutzbaren Raum von 100 Kubikmetern bestehen. Zwei Wissenschaftler können dort arbeiten, können die Erde beobachten, Instrumente entwickeln und besondere Materialverbindungen unter Vakuumbedingungen und im Zustand der Schwerelosigkeit herstellen. Diesseits des Atlantik gibt es bisher keinerlei Erfahrungen im Bau von bemannten Raumstationen. Daher kann eine solche Technologie nur in Zusammenarbeit mit den USA entwickelt werden.

Wichtig und entscheidend wäre für die Europäische Raumfahrtkonferenz, wenn Frankreich und das Vereinigte Königreich ihr Interesse am Post-Apollo-Programm klar definierten. Von der Klärung dieser Haltung wird das Ergebnis der Konferenz überhaupt abhängen. Hoffen wir, daß unsere Regierungen die Zeit bis zum Konferenzbeginn nutzen und zu gemeinsamen Vereinbarungen kommen.

Das ist das, was mein Kollege Rinderspacher Ihnen hier als Diskussionsbeitrag vortragen wollte.

Richter (SPD): Herr Präsident! Liebe Frau Kollegin Walz! Liebe Kollegen! Ich möchte mich in meinem Beitrag zunächst entschieden gegen jene Meldungen wenden, nach denen die deutsche Bundesregierung eher bereit sei, auf eine wirtschaftliche Nutzung des Weltraumes ganz zu verzichten, als sich weiter an der Entwicklung einer europäischen Trägerrakete zu beteiligen. Wir haben heute einige Varianten gehört, unter anderem auch eine sehr pessimistische Einschätzung von Frau Kollegin Walz im politischen Bereich. Sie haben mit großem Recht Probleme angesprochen, die sich aus der Kooperation mit Frankreich ergeben. Zu diesen Äußerungen gehört auch jener Beitrag des konservativen Kollegen Hermersdorf. Jener Beitrag war ein echt konservativer: Der Kollege schlug vor, das eine nach dem anderen zu machen, wobei ich davon ausgehe, daß eines der beiden Projekte dann im nächsten Jahrhundert in Angriff genommen wird. Das wollen wir in dieser Form ganz sicher nicht tun.

Bundesminister von Dohnanyi hat in jüngster Zeit mehrfach herausgestellt, daß sicherlich das Gegenteil richtig ist. Die Bundesrepublik Deutschland will ihren Beitrag leisten, damit Europa den Weltraum wirtschaftlich — dieses Wort möchte ich besonders betonen —, nicht jedoch unwirtschaftlich nutzen kann.

Lassen Sie mich das Unwirtschaftliche an der hier oft zitierten europäischen Trägerrakete veranschaulichen. Im Jahre 1966 wurde der uns allen bekannte Entschluß gefaßt, das ursprünglich auf 196 Millionen Rechnungseinheiten geschätzte und zwischenzeitlich 400 Millionen Rechnungseinheiten angestiegene Entwicklungsprogramm einer für wissenschaftliche Aufgaben in niedrigen Bahnen ausgelegten **europäischen Trägerrakete** zugunsten einer anspruchsvolleren Europa II mittlerer Größenordnung von zunächst 150, später 200 kg Nutzlast in geostationärer Bahn umzustellen.

Die damals gemachten Schätzungen für die Gesamtkosten des Projekts Europa I/II betrugen 626 Millionen Rechnungseinheiten. Das sind heute — wenn ich das einmal in deutscher Währung angeben darf — rund 2,2 Milliarden DM, eine Summe, die von Frankreich, Großbritannien, Italien, Belgien, den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland getragen werden sollte. Bereits ein Jahr später zeigte sich, daß auch diese Schätzung nicht den Realitäten entsprach. Die Gesamtkosten wurden jetzt auf eine Höhe von 675 bis 750 Millionen Rechnungseinheiten geschätzt. Dazu kommen Unsicherheiten hinsichtlich des Termins für einen operationellen Start und die Tatsache, daß zwei Partner, nämlich Großbritannien und Italien, das Gemeinschaftsprojekt verlassen haben.

Die anstehenden Kosten mußten von den übrigen Partnern übernommen werden. Nun habe ich das als Parlamentarier, der die Aufgabe hat, unsere Regierungen zu kontrollieren, ja zu verantworten. Kritiker und Steuerzahler in unseren Ländern werden sich dieser Sachlage jedoch auch annehmen. Ich muß das auch unter dem Eindruck der Rede darstellen, die Herr Minister Debré gehalten hat. Sie werden uns vorhalten, daß das ursprüngliche Produktionsziel heute weitgehend hinfällig geworden sei, weil im Nutzlastbereich von 200 kg amerikanische Trägerraketen zu einem Bruchteil der Kosten faktisch uneingeschränkt zur Verfügung stehen.

Sicherlich kann man darüber streiten — das hat Herr Minister Lefèvre vorhin ja bestätigt —, ob die Pressemitteilung des amerikanischen Präsidenten Richard Nixon vom 9. Oktober 1972 weit über die des US-Staatssekretärs Johnson vom 1. September des Vorjahres hinausgeht. Ich neige der Auffassung zu, die Herr Lefèvre vertreten hat. Ich habe das auch in vielen Diskussionen in diesem Hause zum Ausdruck bringen können. Ich meine aber trotzdem, man sollte den praktischen Fall, der uns alle betrifft, nicht übersehen: Wir könnten den Start eines Symphoniesatelliten, eines Versuchssatelliten, wenn wir ihm mit Hilfe eines amerikanischen Trägers machten — das scheint mit Sicherheit unbestritten zu sein —, mit 20,5 Millionen DM finanzieren, während die Bundesrepublik Deutschland für den noch immer nicht flugfähigen Träger Europa II bisher rund 600 Millionen DM ausgegeben hat und weitere 80 Millionen DM ausgeben müßte, um die kostspielige Nutzlast-Symphonie erfolgreich starten zu können.

Sie sehen also, vor welcher Schwierigkeit die **europäische Raumfahrtkonferenz** steht und welche Verantwortung all jene zu tragen haben, die sich auf eine europäische Variante stützen wollen oder sogar auf eine nur europäische Lösung drängen.

Ich will auf den Ausgangspunkt zurückkommen. Das **Bundeskabinett in Bonn** hat eine Verhandlungsbasis für die kommenden Verhandlungen entwickelt, die doch etwas anders aussieht, als das in einem Teil der deutschen und jetzt auch in einem Teil der französischen Presse zu lesen war. Folgende Punkte sind im Kabinett fest vereinbart worden.

Erstens. Die Grundsatzentscheidung für eine deutsche Beteiligung am europäischen Anteil zum Post-Apollo-Programm muß getroffen werden. Wir werden bemüht sein, sie auf dieser Raumfahrtkonferenz zu erreichen. Ich neige nicht dazu, jenes Programm, das dort zur Entscheidung steht — wie der Kollege Hermesdorf das in dieser Versammlung getan hat —, als ein bescheidenes Programm zu bezeichnen. Ich neige vielmehr der Auffassung der Frau Berichterstatterin zu, die die ganze Tragweite dieses Programms dargestellt hat. Wenn wir dazu kommen, jenes Programm auf der Raumfahrtkonferenz zu beschließen, glaube ich, daß wir die Leistungsfähigkeit unserer Industrie in Europa bis an das Ende werden ausloten müssen.

Zweitens. Das Bundeskabinett in Bonn hat über den Abbruch von Europa II beraten. In diesem Zusammenhang ist folgende Einschränkung zu beachten. Sofern ein geeigneter amerikanischer Träger für den deutsch-französischen Fernmeldesatelliten Symphonie tatsächlich zur Verfügung steht, werden wir uns auf deutscher Seite — das endgültige Wort über Europa II ist ja noch nicht gesprochen — für eine Verlängerung der Definitionsphase für Europa III einsetzen, um noch einmal die unterschiedlichen Auffassungen in Ruhe auszudiskutieren.

Ich trage hier gerne noch einmal meine oft vertretene Auffassung vor: Ich habe die Hoffnung, daß wird das parallel neben dem Post-Opollo-Programm verwirklichen können.

Schließlich habe ich mich heute gefreut, in diesem Haus und in dieser Diskussion von einem britischen Minister zu hören, daß man nun auch in Großbritannien daran denkt, die europäische Weltraumorganisation zu straffen und zu einer gemeinsamen Behörde zu kommen. Das scheint mir auf der nächsten Konferenz ein erreichbares Ergebnis zu sein.

Ich wünsche Ihnen, Frau Kollegin Walz, daß Sie dieses Haus mit der Genugtuung verlassen, mit Ihrem Bericht einen Beitrag geleistet zu haben, der den Ablauf der nächsten europäischen Raumfahrtkonferenz ein wenig beeinflußt.

Frau Dr. Walz (CDU/CSU): Herr Präsident! Ich möchte allen Rednern herzlich danken für das, was sie zu dieser Debatte beigetragen haben. Es war eine gewisse Einstimmigkeit zu verzeichnen, die darin gipfelte, daß doch wesentlich mehr Skepsis als früher Europa III gegenüber besteht.

Lieber Herr Kollege Richter, wir sind uns vielleicht doch darüber klar, daß wir ursprünglich bis zu den Sommerferien eigentlich alle dieses Programm unterstützt haben. Inzwischen haben nur einige andere Entwicklungen stattgefunden, und jetzt erscheint es uns nicht mehr so stützenswert, obwohl sich die Gründe, aus denen wir es stützen wollten, überhaupt nicht verändert haben. Die Kosten sind einfach so groß geworden, daß selbst sogenannte wohlhabendere Länder sich entscheiden müssen. Wenn man sich entscheiden muß, lieber Herr Hermesdorf, dann wird man sich doch für die Beteiligung am Post-Apollo-Programm entscheiden müssen. Denn wenn wir selber die Rakete bauen wollten, würde sie noch sehr, sehr viel teurer, weil wir sie mindestens auf 1,5 Tonnen Nutzlast ausrichten müßten. Aber dann wären die Summen, die bisher angesetzt sind, noch nicht gegeben, und bis dann hätten auch die Amerikaner mit dem Shuttle eine sehr viel fortschrittlichere Technik, so daß wir auch damit hinterherhinken würden.

Allerdings, lieber Herr Kollege Treu, den Amerikanern nur dankbar sein? Ich persönlich bin der Meinung, daß wir Europäer mit dem **Intelsat-Vertrag** anfangs der sechziger Jahre nicht gerade ungemein klug gehandelt haben. Wir selber haben damals einen Monopolvertrag unterschrieben, der zwar heute etwas aufgelockert ist, der aber ein Monopolvertrag ist, an den wir uns nun zu halten haben. Ich bedaure diese Entwicklung außerordentlich. Ich halte sie auch in gewisser Weise für gefährlich. Denn im Augenblick jedenfalls haben nur zwei Supermächte den Weltraum in der Hand. Wir hatten in unserem Ausschuß den Bericht des Kollegen Kahn-Ackermann über die Orbitalstationen, wo er ganz deutlich gesagt hat, was auch militärisch im Weltraum unter Umständen auf uns zukommt. Wir sind also auch vom Verteidigungsgesichtspunkt aus gesehen gar nicht gut daran. Aber let us not cry over spilt milk.

Die Lage ist im Augenblick so, daß ich nicht glaube, daß Europa III noch eine besondere Zukunft hat. Wenn man überhaupt noch etwas retten will, muß ein **Kompromiß** gefunden werden, insbesondere ein Kompromiß mit den Franzosen, und es muß weiter versucht werden, sich möglichst am PAP zu beteiligen. Wir wollen uns aber auch da nicht einbilden, daß wir die fortschrittlichsten Technologien bekommen. Wir bekommen sie nicht. Wir bekommen lediglich einen ganz kleinen Anteil, nämlich den, den wir unbedingt brauchen, um unser Teil einzubauen.

Die wirtschaftlichen Notwendigkeiten haben völlig gesiegt. Man muß das politisch sehen. Aber man darf nicht noch glauben, daß man einen sehr guten Handel macht.

Anlage

Versammlung der Westeuropäischen Union
Der Präsident

Paris, den 8. Dezember 1972

An die Präsidentin des Deutschen Bundestages
Frau Annemarie Renger
53 Bonn

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Als Anlage erhalten Sie die Texte von drei Empfehlungen, die von der Versammlung der Westeuropäischen Union während des zweiten Teils ihrer 18. ordentlichen Sitzungsperiode in Paris vom 5. bis 7. Dezember 1972 angenommen wurden.

Empfehlung Nr. 227 betr. die Ost-West-Beziehungen und die Verteidigung

Empfehlung Nr. 228 betr. Europa angesichts der Entwicklung der Ost-West-Beziehungen

Empfehlung Nr. 331 betr. eine zivile und militärische Luftfahrtpolitik für Europa

Da diese Texte sicherlich für Ihr Parlament von Interesse sein dürften, wurde der Wunsch zum Ausdruck gebracht, sie zum Gegenstand von Fragen oder Interpellationen im Plenum oder in den Ausschüssen zu machen.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Präsidentin, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

gez. John Peel

Empfehlung Nr. 227
betr. die Ost-West-Beziehungen und die Verteidigung

Die Versammlung

begrüßt den Abschluß der ersten bilateralen Abkommen über Atomwaffen;

verleiht der Hoffnung Ausdruck, daß die wiederaufgenommenen Gespräche zur Begrenzung der strategischen Rüstung zu einem bedeutenden Abkommen über die Verminderung der derzeitigen Bestände strategischer Kernwaffen führen;

betont die Notwendigkeit der Beibehaltung und qualitativen Verbesserung der Verteidigungsanstrengungen als Grundvoraussetzung jedes Abkommens über Truppenverminderungen;

hofft nach einer Prüfung der Tätigkeit der Eurogruppe, daß der Ständige Rüstungsausschuß der WEU die ihm vom Rat übertragenen Aufgaben erfolgreich wahrnehmen wird;

empfiehlt dem Rat,

die geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen:

1. daß jeder Vorschlag für eine Begrenzung der taktischen Atomsprengköpfe für Trägerraketen im Besitz der der NATO unterstehenden Streitkräfte in Anwesenheit aller betroffenen Länder erörtert wird, und daß jeder derartige Vorschlag aus den bilateralen Gesprächen zur Begrenzung der strategischen Rüstung herausgenommen wird;

2. daß zwischen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa einerseits und den Verhandlungen über beiderseitige und ausgewogene Truppenverminderungen andererseits eine zeitliche Verbindung gehalten werden kann;

3. daß alle Möglichkeiten beiderseitiger und ausgewogener Verminderungen von Truppen und von atomaren und konventionellen Waffen bei den Verhandlungen, an denen die unmittelbar betroffenen Länder teilnehmen, vorrangig für die WEU-Länder ernsthaft und ausführlich erörtert werden;

4. daß insbesondere die Südflanke im Hinblick auf das Ziel verstärkt wird, die Länder, die bereit sind, sich daran zu beteiligen, zu gegebener Zeit mit der europäischen Verteidigung zu assoziieren;

5. daß die WEU in Kürze im Rahmen des Atlantischen Bündnisses den Kern einer europäischen Verteidigung mit einem beratenden Ausschuß der Chefs der Generalstäbe bilden kann;

6. daß der Ständige Rüstungsausschuß die notwendigen Mittel erhält, um die ihm von den Unterzeichnerstaaten des Vertrages übertragenen Aufgaben, insbesondere auf dem Gebiet der konventionellen Rüstung, voll und ganz wahrzunehmen;

7. daß bei jeder Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa den Sicherheitsfragen einschließlich den Grundsätzen der zwischenstaatlichen Beziehungen und gewissen militärischen Sicherheitsaspekten besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird;

8. daß die Mitgliedstaaten in den Vereinten Nationen die Initiative ergreifen und die Einrichtung einer Behörde zur Überwachung der Rüstungsbeschränkung unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen vorschlagen, die über die geeigneten technischen Mittel für eine von außen her durchzuführende Überprüfung der bestehenden Kontrollabkommen verfügt.

Empfehlung Nr. 228
betr. Europa angesichts der Entwicklung der Ost-West-Beziehungen

Die Versammlung

ist der Ansicht, daß die derzeitigen Veränderungen im Gleichgewicht der Kräfte auf der Welt es erfordern, daß Europa eine eigene Politik verfolgt;

stellt fest, daß die sowjetisch-amerikanischen Abkommen zur Begrenzung der strategischen Rüstung es für die westeuropäischen Länder erforderlich machen, die Grundlagen ihrer Verteidigungspolitik zu überprüfen;

betont, daß die Verbesserung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den osteuropäischen Ländern den Weg zu einer neuen Entspannungspolitik in Europa freigemacht hat;

stellt fest, daß die Mitgliedstaaten durch ihre feste und realistische Haltung in der deutschen Frage wesentlich dazu beigetragen haben, daß dank verschiedener Verträge ein wichtiger Schritt in Richtung einer Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten zurückgelegt werden konnte, wobei diese Normalisierung eine Grundvoraussetzung für eine andauernde Entspannung in Europa ist;

ist der Auffassung, daß eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa nur Früchte tragen kann, wenn die Wechselbeziehung zwischen diesen beiden Zielen anerkannt wird;

begrüßt die Tatsache, daß das nach der Pariser Gipfelkonferenz herausgegebene Kommuniqué die EWG-Mitgliedstaaten auffordert, einen konzertierten und konstruktiven Beitrag zur Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu leisten;

ist der Auffassung, daß unabhängig von dem Rahmen, in dem die WEU-Mitgliedstaaten alle mit der Vorbereitung dieser Konferenz verbundenen Angelegenheiten regeln, der Rat die Versammlung von den Ergebnissen dieser Arbeit unterrichten sollte;

empfiehlt dem Rat,

1. die Mitgliedstaaten einzuladen, einen effektiven Beitrag zu den Vorbereitungsarbeiten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu leisten, so daß eine konzertierte und konstruktive Beteiligung der EWG-Länder in Anwendung der Entscheidung der Staats- und Regierungschefs gewährleistet ist;
2. in keinem Fall zu vereinbaren, daß die Verträge, auf denen die Sicherheit und Einheit der westeuropäischen Länder gründet, zum Gegenstand von Verhandlungen mit den osteuropäischen Ländern werden;
3. sicherzustellen, daß die Politik der Mitgliedstaaten gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik weiterhin eng koordiniert wird;
4. unter allen Umständen den Grundsatz der Wechselseitigkeit der mit Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa verbundenen Maßnahmen zu beachten;
5. nach Abkommensformen mit den osteuropäischen Ländern zu suchen, die eine gleichlautende Interpretation der von den Parteien vereinbarten Grundsätze gewährleisten;
6. die Versammlung regelmäßig über den Stand der Vorbereitungen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu unterrichten.

Empfehlung Nr. 231
betr. eine zivile und militärische Luftfahrtpolitik für Europa

Die Versammlung

begrüßt die Erklärung des Rates, wonach die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Luftfahrt verbessert werden soll;

ist sich der Bedeutung der Luftfahrtindustrie bei der europäischen Zusammenarbeit aber gleichzeitig auch der bei dieser Zusammenarbeit erreichten Grenzen bewußt;

verweist auf die Schlußfolgerungen der am 19. und 20. Oktober 1972 in Paris abgehaltenen europäischen Gipfelkonferenz in bezug auf die Industrie-, Wissenschafts- und Technologiepolitik: „Diese Politik erfordert im Rahmen der Institutionen der Gemeinschaft die Koordinierung der Politik der einzelnen Staaten und die gemeinsame Durchführung von Projekten, die für die Gemeinschaft von Interesse sind";

verweist darauf, daß die zuständigen Minister vor dem 31. Dezember 1973 „ein Aktionsprogramm zusammen mit einem genauen Zeitplan" vorlegen sollen;

ist der Auffassung, daß solche Entscheidungen auf dem Gebiet der Luftfahrt besonders dringend sind und die in den Römischen Verträgen fehlende Bezugnahme auf die Probleme der Luftfahrt und insbesondere des Lufttransports ausgleichen;

ist davon überzeugt, daß keine Herstellungsprogramme für die Zivilluftfahrt ohne Kenntnisse der militärischen Produktion erarbeitet werden können; verweist auf die unter anderem von den französischen und britischen Ministern sowie den Herstellern abgegebenen Absichtserklärungen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Luftfahrt;

empfiehlt dem Rat,

die Minister für Verteidigung, Verkehr und Technologie der Mitgliedstaaten zu ersuchen, 1973 Entscheidungen zur Gestaltung einer allgemeinen zivilen und militärischen Luftfahrtpolitik für Europa zu treffen und insbesondere:

a) die Einrichtung einer besonderen europäischen Luftfahrtbehörde zu beschließen, sobald die Bestimmungen über die Zulassung und Lufttüchtigkeit angenommen worden sind;

b) durch eine Weiterführung der Verhandlungen über Landerechte das Gleichgewicht zwischen den USA und Westeuropa wiederherzustellen und zu diesem Zweck eine Konzertierung zu fördern, damit Europa mit einer Stimme sprechen kann;

c) die Vereinigten Staaten um die Aufhebung der fünfprozentigen Einfuhrsteuer auf Erzeugnisse der europäischen Luftfahrtindustrie nach Amerika zu ersuchen, um die Gegenseitigkeit in den Handelsbedingungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten sicherzustellen;

d) Studien und Gespräche im Hinblick auf die Schaffung einer europäischen Industrie für Flugzeugtriebwerke einzuleiten;

e) zu diesem Zweck die Harmonisierung der militärischen Erfordernisse und eine systematischere Zusammenarbeit in der militärischen Luftfahrtindustrie zu fördern;

f) einen Plan für die Zusammenarbeit zwischen den Luftfahrtgesellschaften der Mitgliedstaaten aufzustellen, um ihre Bedürfnisse in bezug auf Luftfahrzeuge und die Benutzung der Luftstraßen innerhalb Europas abzustimmen;

g) die Bedingungen für eine gemeinsame Politik hinsichtlich der Charterflüge zu prüfen;

h) sich an die allgemeine Regel zu halten, daß die an einem Gemeinschaftsvorhaben beteiligten Mitgliedstaaten die in dieser Zusammenarbeit hergestellten Luftfahrzeuge kaufen oder ihren Kauf fördern.